

---

# Dreißig Jahre im Bundestag

---

**Der Einfluss der Grünen auf  
die politische Kultur und das  
öffentliche Leben der  
Bundesrepublik Deutschland**

---

Ein Essay von  
**Andrei S. Markovits und Joseph Klaver**

---

Der folgende Essay resultiert aus einer Einladung an Andrei S. Markovits, auf dem Workshop »Creating Participatory Democracy: Green Politics in Germany since 1983« als Hauptredner einen Vortrag zu halten; die Veranstaltung findet vom 28. Februar bis 1. März 2013 in der Reihe German Studies (NCGS) an der University of North Carolina in Chapel Hill statt.

**Dreißig Jahre im  
Bundestag**  
Der Einfluss der Grünen  
auf die politische Kultur  
und das öffentliche Leben  
der Bundesrepublik  
Deutschland

Ein Essay von  
Andrei S. Markovits und  
Joseph Klaver

## Inhalt

- 5 Vorwort
- 11 Einführung
- 19 Die Grünen in Zahlen
- 29 Die vier Säulen der grünen Identität
- 65 Der Wandel im grünen Erscheinungsbild:  
ein Zeichen der Anpassung?
- 71 Schlussbetrachtungen
- 79 Autoren
- 80 Anmerkungen

## Dreißig Jahre im Bundestag

Der Einfluss der Grünen auf die politische Kultur  
und das öffentliche Leben der Bundesrepublik Deutschland

Ein Essay von Andrei S. Markovits und Joseph Klaver

Herausgegeben von der Heinrich-Böll-Stiftung

© für die deutsche Ausgabe Heinrich-Böll-Stiftung 2013

1. Auflage Berlin 2013

Alle Rechte vorbehalten

Übersetzung aus dem Englischen: Jochen Schimmang

Gestaltung: Blotto Design, Berlin

Druck: agit-druck GmbH, Berlin

Papier Inhalt: Recystar Polar 115 g/m<sup>2</sup> (100 % Altpapier), Affichen 115 g/m<sup>2</sup>

Papier Umschlag: Recyset Karteikarton 250 g/m<sup>2</sup> (100 % Altpapier)

ISBN 978-3-86928-100-1

# Vorwort

Es ist eine interessante Erfahrung, vertraute Phänomene mit den Augen eines Außenstehenden wahrzunehmen. Vieles Selbstverständliche erscheint dann in einem anderen Licht. So geht es mir auch bei dem Essay von Andrei Markovits und Joseph Klaver. Der Text liest sich fast wie eine Liebeserklärung an die Grünen. Man kann die fortwirkende Begeisterung spüren, die Markovits bis heute für diese politische Formation empfindet, die er seit ihrer Gründung immer wieder aus der Nähe betrachtet hat. Bei den Grünen findet er offenbar viele seiner eigenen politischen Überzeugungen und Hoffnungen wieder. Er sieht sie als Verkörperung des großen politisch-kulturellen Aufbruchs der 1960er Jahre: Rock-Musik und Hippie-Bewegung, antiautoritäre Revolte und Neue Linke, Kampf um Bürgerrechte und Proteste gegen den Vietnam-Krieg, Feminismus und erwachendes Umweltbewusstsein. In den USA hat diese buntscheckige Bewegung nur indirekt Eingang in die politischen Institutionen gefunden (Bill Clinton und Barack Obama wären ohne sie aber nicht

denkbar). In Deutschland mündete sie in eine eigenständige politische Formation.

Zwar spielten bei der Gründung der Grünen auch Überläufer aus dem konservativen und liberalen Spektrum eine prominente Rolle. Und nach der Wiedervereinigung kam mit den ostdeutschen Bürgerrechtlern ein neues Element dazu, eine andere Sprache und eine andere historische Erfahrung als die der links-alternativen Bewegungen im Westen. Wer weiß, ob die Grünen nach dem Wahldebakel von 1990 ein Comeback geschafft hätten, wenn nicht die ostdeutschen Abgeordneten von Bündnis 90 in die Bresche gesprungen wären. Dennoch hat Markovits recht, wenn er die Grünen als eine Fernwirkung jenes großen Aufbruchs beschreibt, der unter dem Kürzel »68« zusammengefasst wird.

Diese Vorgeschichte war beim Einzug der ersten grünen Fraktion in den Deutschen Bundestag im Frühjahr 1983 noch unübersehbar – nicht nur im antibürgerlichen Habitus, sondern auch in der Sprache, im Temperament und in den Themen dieser ausgeprägten Individualisten (Frauen wie Männer), die damals den Bundestag enterten. Zu diesem Zeitpunkt war schon entschieden, dass die Grünen trotz ihres Gründungs-Slogans »Weder links noch rechts, sondern vorn« im Kern ein Projekt der Neuen Linken waren – dabei liegt die Betonung auf »neu«, denn sie setzten neue Themen auf die politische Agenda und entwickelten einen neuen Politikstil, der sie von linksradikalen Gruppen ebenso unterschied wie von der Sozialdemokratie.

Man kann die Evolution der Grünen auch als eine Geschichte von Trennungen lesen: zunächst von den politisch wie kulturell konservativen Bundesgenossen der Gründerzeit und später von den sozialistischen Strömungen, die den Weg zu einer linksliberal-ökologischen Reformpartei nicht mitgehen wollten. Zahlreiche prominente Akteure der frühen Jahre haben die Partei verlassen: Herbert Gruhl, Otto

Schily, Jutta Ditfurth, Wolf-Dieter Hasenclever, Rainer Trampert und Willi Hoss stehen stellvertretend für viele andere. Aus der ersten Fraktion sind allein Marieluise Beck und Christian Ströbele noch im Bundestag aktiv. Die Begeisterung unserer beiden Autoren über die kunterbunte Vielfalt und den Elan der frühen Jahre verdeckt die brutale Härte, mit der bis in die 1990er Jahre hinein der Kampf um die politische Orientierung der Grünen ausgefochten wurde. Damit verglichen sind die heutigen Überreste der Flügelkämpfe nur ein laues Lüftchen. Nie war der gefühlte Grundkonsens innerhalb der Grünen so groß wie heute.

Für Markovits und Klaver – die an dieser Stelle für ihren wunderbaren Text bedankt sein sollen – sind die Grünen das erfolgreichste politische Projekt der letzten 30 Jahre, und zwar weit über Deutschland hinaus. »Grün« ist inzwischen eine globale Marke, in der Politik wie in der Ökonomie. Sie wird mit ökologischer Verantwortung, alternativen Energien, politischer Teilhabe, gewaltfreier Konfliktlösung und Geschlechterdemokratie assoziiert, ist also in den Augen der meisten Menschen eine grundsympathische Angelegenheit. Kurz und gut: »Grün ist schlicht cool.«

In Deutschland sind die Grünen auf dem Sprung in eine neue politische Dimension. Sie stellen den Ministerpräsidenten einer grün-roten Koalition in einem industriellen Kernland der Republik, erobern absolute Mehrheiten bei Bürgermeisterwahlen und bilden mit klarem Abstand die dritte Kraft in der deutschen Politik. In diesem Herbst unternehmen sie einen neuen Anlauf in die Bundesregierung, verglichen mit 1998 aus einer deutlich gestärkten Position. Rückblickend betrachtet erscheint das fast wie ein Märchen.

Dennoch ist die grüne Erfolgsgeschichte in Deutschland kein Mysterium. Sie beruht auch auf einer außergewöhnlichen Ansammlung talentierter, hingebungsvoller und lernfähiger politischer Aktivisten, die sich über die Jahre Respekt

für ihre Sachkompetenz und ihren Elan erworben haben. Im Vergleich zur FDP wirken die Grünen heute wie ein Ausbund an Seriosität und Temperament zugleich. Dabei ist die bundespolitische Elite der Grünen nur die Spitze des Eisbergs. Die Basis grüner Erfolge ist die Verankerung der Partei in der Kommunalpolitik. In vielen Städten bewegen sich die Grünen heute auf Augenhöhe mit SPD und CDU. Unsere beiden Autoren drücken es so aus: Die Grünen sind im Establishment angekommen, ohne zum Establishment zu werden. Das werden manche bestreiten, bringt aber eine spezifische Differenz der Grünen zu CDU/SPD/FDP auf den Punkt: Auch wenn grüne Politikerinnen und Politiker zu Amt und Würden gelangen, bleibt in der Regel doch eine gewisse Reibung zwischen Person und Funktion spürbar, sei es im unkonventionellen Stil oder im Inhalt ihrer Politik. Joschka Fischer war mit Leib und Seele Staatsmann, und dennoch blitzte unter dem Staatsrock immer wieder der Frankfurter Sponti auf. Auch wo die Grünen regieren, gehen sie nicht im Status quo auf. Zumindest wird das von ihnen erwartet. Insoweit wirkt der Anspruch einer alternativen Politik immer noch fort, auch wenn der radikale Gestus der Gründerjahre durch einen zunehmend bürgerlichen Habitus abgelöst wurde.

Es greift allerdings zu kurz, den Erfolg der Grünen nur bei ihnen selbst zu suchen. Entscheidend war etwas anderes: Sie haben mit ihren Kernthemen den Nerv der Zeit getroffen. Es gab von Anfang an eine Korrespondenz zwischen den grünen Botschaften und dem berühmten »Zeitgeist«. Insofern sind die Grünen politischer Ausdruck tiefer liegender Trends in der Gesellschaft. Markovits und Klaver arbeiten das an vier tragenden Säulen grüner Programmatik heraus: Ökologie, Frauen- und Geschlechterpolitik, Friedenspolitik und Erweiterung der parlamentarisch-repräsentativen Demokratie durch neue Formen politischer Teilhabe.

Die Grünen waren Vorreiter für einen gesellschaftlichen Wertewandel, während sich die Gesellschaft zugleich auf die Grünen zubewegt hat. Ohne Rückendwind aus der Gesellschaft hätten sie ihre Themen nicht so erfolgreich auf die politische Tagesordnung setzen können.

Dass dies keine bruchlose Erfolgsgeschichte war (und ist), wird am Thema »Frieden« deutlich. Nicht nur, dass die Grünen schwere Verwerfungen in der Auseinandersetzung um militärische Interventionen in humanitärer Absicht durchgemacht haben – die Debatten um den Bundeswehreininsatz in Bosnien, im Kosovo-Krieg und in Afghanistan haben die Partei bekanntlich an den Rand einer Spaltung geführt. Markovits merkt zurecht an, dass der ausgeprägte Widerwille der Deutschen gegen Militärinterventionen nicht nur Ausfluss reiner Friedensliebe ist. Es gibt auch eine durchaus egoistische »Ohne uns!«-Haltung im Gewand moralischer Überlegenheit, mit der die Kinder und Enkel der Wehrmachtsgeneration auf die USA und Israel herabblicken. So wie es keine moralisch unbefleckte Beteiligung an militärischen Interventionen gibt, kann auch die Nichtbeteiligung an internationalen Militärmissionen in unterlassene Hilfeleistung umschlagen. Dass der latente Konflikt zwischen »Nie wieder Krieg!« und »Nie wieder Völkermord!« nicht einseitig aufgelöst werden kann, gehört zu den schwierigen Lernprozessen der Grünen.

Schaut man auf die dreißig Jahre seit dem Einzug jener bunten Gruppe in den deutschen Bundestag zurück, wird ein doppelter Veränderungsprozess sichtbar: Die Grünen haben die Gesellschaft verändert, und die Teilnahme am politischen Leben der Republik hat die Grünen verändert. Sie gehören heute dazu und sind immer noch anders als die Anderen; sie stehen für weitreichende Veränderungen und zugleich für hinreichende Bodenhaftung, um die Gesellschaft nicht in Abenteuer ohne Netz und doppelten Boden zu stürzen.

Der eigentliche Maßstab für den Erfolg der Grünen sind die politischen Projekte, die sie auf den Weg gebracht haben, vom Ausstieg aus der Atomenergie bis zum Zuwanderungsgesetz. Dabei gab es vor allem zwei große Erfolgsgeschichten: die Energie- und Umweltpolitik und die neue politische Kultur. Auf diesem Feld haben die Grünen fundamentale Veränderungen bewirkt: die selbstbewusstere Rolle von Frauen gehört ebenso dazu wie die Gleichstellung schwuler und lesbischer Paare, die Präsenz von Migrant\*innen in der Politik, das neue Staatsbürgerschaftsrecht und die vielfältigen Formen der Bürgerbeteiligung, die inzwischen zum Alltag gehören. Bei all diesen Veränderungen waren die Grünen Sprachrohr und Verstärker eines Wertewandels, der die anderen Parteien häufig noch älter aussehen lässt, als sie es ohnehin sind.

Keine schlechte Bilanz. Die Grünen haben schon viel erreicht – doch es bleibt noch viel zu tun auf dem Weg zu einer ökologischen und solidarischen Gesellschaft.

Berlin, im Februar 2013

Ralf Fücks

Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung

# Einführung

**Am 6. März 2013** wird es dreißig Jahre her sein, dass wichtige Vertreter der europäischen Gegenkultur, Schlüsselfiguren der altherwürdigen »Neuen Linken« vor allem, die leibhaftige Verkörperung der berühmten Achtundsechziger, kurz, vielleicht das machtvollste Symbol des Endes der Hegemonie jener bourgeoisen Kultur, die das öffentliche Leben seit dem viktorianischen Zeitalter in den kapitalistischen Ländern dominierte, in der Stadthalle Bad Godesberg die Nacht durchtanzten. Die Rede ist von den Grünen.<sup>1</sup> Der Anlass: ihr triumphaler Einzug in den Bundestag und damit der Beginn einer neuen Ära in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland und in einem gewissen Sinn eigentlich überall dort, wo der fortgeschrittene industrielle Kapitalismus mittels einer liberaldemokratischen Ordnung herrscht.<sup>2</sup>

Das Zeitalter des Wassermanns hatte 1983 endlich die Campusgelände von Berkeley, Columbia, Paris und der

Freien Universität Berlin verlassen – nicht zu vergessen den New Yorker Broadway und das Londoner West End, die mit dem Musical *Hair* (»This is the dawning of the age of Aquarius«) dieses wichtige neue Milieu der übrigen Welt per Musik und Gesang nahegebracht hatten, zwar kommerzialisiert, aber, vielleicht gerade deswegen, sehr eindringlich – und im Triumph eine Bühne erobert, die *wirklich* zählte: das Zentrum des politischen Lebens eines der wichtigsten Akteure in der globalen Ordnung der modernen Welt – den Bundestag der Bundesrepublik Deutschland, also die Volksvertretung der dominierenden Wirtschaftsmacht Europas, immer wieder Exportweltmeister und enorm stolz darauf, ein selbsternannter wirtschaftlicher Riese zu sein, der sich entgegen alle Realität stolz als politischer Zwerg verkaufte.

Nebenbei bemerkt: Während praktisch in der gesamten früheren Geschichte der Linken die Innovationen von Europa ausgingen und dann in Theorie und Praxis in die Vereinigten Staaten verpflanzt wurden, verhielt es sich im Fall der Neuen Linken – ein ganz wichtiges Element unserer Geschichte – eindeutig umgekehrt. Es hätte keine deutsche (oder europäische) Linke gegeben ohne die Freedom Riders in den Bussen der amerikanischen Südstaaten, die Sit-ins in den Snackbars der Woolworth-Kaufhäuser und andere Formen des zivilen Widerstands, die aus der Bürgerrechtsbewegung (z.B. Martin Luther King) und ihrer Black-Power-Variante (z.B. Malcolm X, die Black Panthers) entsprangen. Aber wir wollen natürlich nicht die Wirkung von »Sex & Drugs & Rock'n Roll« unterschlagen, wobei der letztere zweifellos den Ehrenplatz einnimmt. Man kann die Anfänge und zentralen Merkmale der europäischen Neuen Linken schlichtweg nicht verstehen ohne Namen wie Joan Baez, Bob Dylan, Jimi Hendrix, die Grateful Dead mit ihrem San-Francisco-Sound, Janis Joplin, Jefferson Airplane und Quicksilver Messenger Service, um nur einige wenige zu nennen.

Der Wahlsieg vom Sonntag, dem 6. März 1983, verwandelte diese buntscheckige Gruppe in Neuankömmlinge im – noch wagte es keiner auszusprechen – ESTABLISHMENT!

Horribile dictu! Die Gegenkultur hatte die Festung des Mainstreams erobert. Wie konnte das geschehen? Welchen Tribut und welche Kompromisse forderte ein solcher Riesenschritt von diesen jungen Leuten, die ihre Identität und ihre Überzeugungen daher bezogen, die Vorhut des Anti-Establishments zu sein, wenn schon nicht mehr der Revolution selbst?

Selbstverständlich ließ die Ikonografie des Einzugs in die heiligen Hallen des Bundestages am 29. März 1983 seitens der 28 neuen Parlamentsmitglieder nach wie vor den Wunsch erkennen, als entschiedenes Anti-Establishment zu gelten. Da saß zum Beispiel Walter Schwenninger in einem langen, handgewebten Hirtenpullover neben Dieter Drabiniok und Gert Janssen mit ihren dichten Locken und wildwüchsigen Bärten; Marieluise Beck erschien mit einer vom sauren Regen ausgedünnten Kiefer über der Schulter; auch Petra Kelly war da und brachte einen großen Strauß frischer Schnittblumen mit und schließlich Gabriele Potthast, die ein elegantes schwarzes Dinner-Jackett oder ein smokingähnliches, letztendlich männliches Kleidungsstück trug, damit deutlich die Genderfrage aufs Tapet brachte und das Establishment mit seinem zurückgebliebenen Geschlechterbild und seinem langweiligen bourgeois Habitus und den entsprechenden Umgangsformen konfrontierte, von seinem üblen Sexismus gar nicht zu reden. Das grüne Entree in den ministerialen Bereich zwei Jahre später trug ebenfalls ein entschiedenes Accessoire des Antibürgerlichen: Joschka Fischer leistet seinen Amtseid als hessischer Umweltminister in Jeans und Turnschuhen und setzt sich damit deutlich von Holger Börner ab, der ihm diesen Amtseid in dem dunklen

Anzug abnimmt, der bei solchen Gelegenheiten für deutsche Politiker einfach ein Muss war.

Was heißt das für uns heute? Und, um mit Christa Wolfs berühmtem Titel zu sprechen: Was bleibt? Genau darum geht es in diesem Essay. Unsere These lautet: Der Einfluss der Grünen war sowohl auf die deutsche Politik im engeren Sinn als auch – vielleicht noch wichtiger – auf die Entwicklung und das Erscheinungsbild des öffentlichen Lebens in Deutschland erheblich. Um es kurz und bündig zu sagen: Vieles, was im Alltag Deutschlands längst Normalität geworden ist, kommt aus einem kulturellen und politischen Milieu, das, wenn auch nicht nur, in eigentümlichen, urbanen Freiräumen gedeihen konnte, vorrangig in Städten wie Frankfurt und Berlin, aber im deutschen Alltagsleben viele Jahre eine Randexistenz fristete.

Ganz anders heute!

Es versteht sich, dass der Eintritt dieses Milieus in den Mainstream spürbar auf Kosten seiner »Reinheit« ging, hinter der sich natürlich immer auch ein ausgeprägtes Bewusstsein der eigenen Exklusivität verbarg. Um gesellschaftliche Relevanz und politisches Gewicht zu erlangen, musste diese alternative Welt viele ihrer lieb gewordenen Ikonen und Dogmen opfern, die ihr Dasein in einem selbstgenügsamen Ghetto mit geringer gesellschaftlicher, politischer, wirtschaftlicher und kultureller Bedeutung definierten. Doch wir sind der Überzeugung, dass der langfristige Prozess, in dem die Grünen ihre besondere Bedeutung gewannen (und auf diese Weise ihre Ursprünglichkeit verloren), im Großen und Ganzen ein sehr lohnendes und in der Tat erfolgreiches Unterfangen gewesen ist.

Die heutigen Grünen haben trotz einer gewissen Mäßigung, die man eindeutig als Kompromiss, vielleicht sogar als Kooptation werten darf, eine große Spannweite fortschrittlicher Werte entwickelt. Diese besitzen – wie gesagt – viel-

leicht nicht mehr die Ursprünglichkeit, die ihre Ahnen aus den späten 1970er und frühen 1980er Jahren tapfer hochgehalten haben, dafür spielen sie aber im heutigen politischen und gesellschaftlichen Leben in Deutschland eine sehr viel größere Rolle.

Anders ausgedrückt: In den vergangenen dreißig Jahren haben die Grünen im politischen und gesellschaftlichen Mainstream Deutschlands erfolgreich einen Markenartikel progressiver Politik eingeführt, der vor drei Jahrzehnten bestenfalls in speziellen Sortimenten geführt und ausschließlich von politisch unbedeutenden Gruppen gekauft wurde.

Die Grünen haben sich etabliert, ohne selbst Establishment zu sein.

Einige ihrer politischen Führer tragen heute Anzüge, ohne bislang Bosse zu sein. Die Grünen haben inzwischen eine milieuübergreifende Attraktivität, über die sie vor dreißig Jahren einfach nicht verfügten.

Wie haben es die Grünen geschafft, einen wesentlichen Einfluss auf die wichtigen Diskurse bzw. Schlüsselfragen deutscher Politik und wichtiger Bereiche des öffentlichen Lebens zu bekommen? Einer ihrer großen Erfolge besteht darin, dass sie die erste Liga der deutschen Politik mit einem klar abgegrenzten und deutlich erkennbaren Markenartikel, der Farbe »Grün«, erreicht haben, dessen Ausstrahlung sehr stark und attraktiv ist. Auch wenn viele Grüne es mit Sicherheit nicht goutieren mögen, dass wir ihre Erfolge mit begrifflichen Analogien aus dem Marketing analysieren – was für eine Blasphemie, was für eine Travestie! –, so tun wir das nicht, um sie selbst in ihrer Empfindlichkeit zu verletzen, sondern weil wir glauben, dass diese Analogien am besten dazu geeignet sind, unsere übergreifende These zu erläutern. Wenn man den eigenen Wirkungsbereich nicht von vornherein auf bestimmte Nischen beschränken will – was die Grünen ganz gewiss von Anfang nicht wollten, betrachtet man

das große, ja geradezu riesige Themenfeld, das sie für ihre eigene Identität und das globale Überleben als wesentlich ansahen –, dann wird der Erfolg jeder Marke durch das Maß ihrer Reichweite, ihrer Wiedererkennbarkeit, ihrer Wirkung und der Versuche, sie zu imitieren, definiert (und dies alles sind auch Erfolgsmerkmale). Es kann überhaupt kein Zweifel daran bestehen, dass entscheidende Merkmale der Marke Grün breite Akzeptanz und Legitimität erlangt haben und wichtige und wohlgeleitene Bestandteile des politischen und gesellschaftlichen Lebens in Deutschland geworden sind.

Selbstverständlich ist diese Verbreitung und Akzeptanz nicht allein der Cleverness und dem Marketinggeschick der Grünen zu verdanken. Es gab wesentliche Prozesse wechselseitigen Gebens und Nehmens, der Interaktion zwischen den Handelnden (den Grünen) und den Strukturen (dem Land und der Kultur, in dem sie agierten und existierten), die die Marke Grün im Verlauf der vergangenen dreißig Jahre in Deutschland so populär gemacht haben.

Der Kontext ist immer wichtig. So dürfte zum Beispiel kaum jemand bezweifeln, dass das weitreichende Engagement der Grünen für die Umwelt und ökologisch korrekte Lebensführung einen besonders fruchtbaren Boden in der tief verwurzelten Naturliebe der Deutschen fand, die bis in die Zeit der Romantik im frühen 19. Jahrhundert zurückgeht. Um Missverständnisse zu vermeiden: Wir behaupten nicht, dass es eine stringente Linie von den romantischen Naturvorstellungen der Deutschen hin zum ökologischen Engagement der Grünen gibt. Aber zweifellos hatten die Grünen in Deutschland in dem Bereich der Ökologie einen leichteren Weg zur politischen Anerkennung als zum Beispiel ihre Brüdern und Schwestern jenseits des Rheins in Frankreich oder auch in den meisten anderen Regionen Europas.

Dasselbe gilt für Pazifismus und Frieden. Bedingt durch die kriegerische Geschichte Deutschlands, besonders in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, und die verheerenden Folgen, die diese Kriegsbereitschaft mit sich gebracht hat, war auch dieses Thema, das ein Herzstück der grünen Identität ausmachte – wenn auch viele Friedliebende bei den Grünen bloß einseitig NATO-Gegner waren –, auf einer wichtigen strukturellen Ebene dem herrschenden deutschen Narrativ nicht fremd. Also erleichterte der Kontext aus deutscher Mentalität und Weltanschauung, aus Traditionen und Diskursen den Erfolg der Grünen, war aber nicht die Ursache.

Fazit: Die grüne Markenpolitik war enorm erfolgreich. Friedliebend – wenn auch manchmal nur risikoscheu – und umweltbewusst zu sein, das gehört heute zu den Grundwerten, mit denen Deutschland neben dem wirtschaftlichen Erfolg seines Mittelstands, seiner Sparsamkeit und seinen Exporterfolgen für sich wirbt.

Wenn heute auch nur noch wenige vom *Modell Deutschland* sprechen, so ist doch festzustellen, dass gerade die grünen Grundwerte dem Land die Basis für die positiven Unterscheidungsmerkmale und die internationale Anerkennung gegeben haben, von denen das Land heute profitiert.

Deshalb rühmen sich die Deutschen weit über die Grünen hinaus gern dieser Werte, die sie nicht nur für moralisch angemessen und überlegen halten, sondern die ihnen in ihrer eigenen, ganz richtigen Wahrnehmung im verstärkten globalen Konkurrenzkampf der Waren und Dienstleistungen sowie dem der Kulturen und Werte ein vorteilhaftes Profil verschaffen. Im Gegensatz zu den rivalisierenden Spielarten des Kapitalismus ist der deutsche zu einem guten Teil ökologisch, friedlich, inklusiv, gemäßigt und fürsorglich – mit einem Wort, eine grünliche Spielart des Kapitalismus, ein

Kapitalismus mit menschlichem Antlitz, wenn auch ganz gewiss kein explizit »grüner Kapitalismus« oder Kapitalismus der Grünen.

Aber wie genau konnte den Grünen das gelingen?

# Eins

## Die Grünen in Zahlen

In den letzten dreißig Jahren hat sich die Partei der Grünen in Deutschland von einer selbsternannten »Antiparteienpartei« in einen Koalitionspartner verwandelt, dem man vertraut – und zwar auf allen drei Regierungsebenen: auf Bundesebene, auf Landesebene und in den Städten und Gemeinden. Wegen des selbstgewählten Außenseitertums war die Entwicklung der Grünen von einem lose verbundenen, antinomisch ausgerichteten und systemkritischen Protestzirkel zu einer ausgewachsenen Parlamentspartei zwangsläufig turbulent und erzeugte viele Konflikte über die Ausrichtung und Zukunft der Partei. Trotz der teilweise chaotischen Entwicklung haben sich die Grünen – wie sich feststellen lässt – inzwischen zu einem dauerhaften Mitglied des Bundestages entwickelt (und auch in vielen anderen Ländern ist eine institutionelle Präsenz von Grünen dauerhaft).

Der parlamentarische Aufstieg der Grünen begann mit ihrem ersten Wahlsieg auf Landesebene in Bremen 1979. Bis

dahin waren die Grünen bei Wahlen am spürbarsten in Erscheinung getreten, als sie in Hamburg wie in Niedersachsen genug Stimmen gewinnen konnten, um den Einzug der FDP in diese beiden Parlamente zu verhindern.<sup>3</sup> Bei der Wahl in Bremen gewannen die Grünen 4 Sitze. Heute besetzen sie beinahe 250 Sitze in den verschiedenen deutschen Landesparlamenten. Bei der Bundestagswahl 1983 zogen die Grünen zum ersten Mal ins nationale Parlament ein, gewannen 5,6 Prozent der Stimmen und damit 28 Sitze. Das war natürlich ein riesiger Erfolg.

Von den Vorgängern und Wegbereitern der Grünen, vertreten durch die verschiedenen neuen sozialen Bewegungen, die in den späten 1970er Jahren im ganzen Land entstanden, bis in die Frühzeit als Partei Anfang der 1980er Jahre wurde die Debatte darüber, ob die Gründung einer Partei das taugliche Mittel sei, um die Ziele der Bewegung zu erreichen, oder ob nicht die basisorientierten Strukturen der Bewegung besser wären, leidenschaftlich um die Achse der gefürchteten Anpassung und des Konventionalismus geführt, den die meisten Grünen damals verachteten. Dennoch gab es genug unter ihnen, die argumentierten, dass die Ziele der Grünen es durchaus wert seien, sich den Gefahren des Konventionalismus auszusetzen, die jeden parlamentarischen Weg zur Machteroberung begleiten. Und da die Parlamente in repräsentativen Demokratien die Hauptschauplätze der politischen Arbeit seien, müsse man, um eine vernehmliche Stimme in den wichtigen politischen Institutionen zu haben, wohl oder übel ins Parlament einziehen.

Mit ihrem Einzug in den Bundestag gewannen die Grünen erhebliche Medienaufmerksamkeit. Als besonders nützlich erwiesen sich zudem die finanziellen Mittel, die das deutsche Regierungssystem den im Parlament vertretenen Parteien zubilligt. Mit Ausnahme des Rückschlags der Wahl nach der Wiedervereinigung 1990 – die Grünen hatten im

ehemaligen Westen die Fünfprozenthürde nicht übersprungen und erhielten ihre 8 Sitze nur dadurch, dass sie diese Schwelle in den ostdeutschen Ländern überschritten<sup>4</sup> – haben die Grünen die Anzahl ihrer Bundestagsmandate über die Jahrzehnte nach und nach erhöht und ihr bislang bestes Ergebnis 2009 erreicht, als sie bei den Wahlen 10,7 Prozent der Stimmen gewannen und dafür 68 Sitze erhielten.

Als ihre Wahlerfolge mehr und größer wurden und ihre internen Strukturen und Verfahren sich ausdifferenzierten und professionalisierten, konnte die Partei nicht länger eine bloß oppositionelle Rolle in der deutschen Politik spielen, sondern musste sich auch an Regierungskoalitionen beteiligen. Diese Entwicklung war besonders wegen der bereits erwähnten Diskussionen über die Gefahren der Respektabilität und des Konventionalismus bemerkenswert, vor allem aber wegen der turbulenten Debatten um Regierungsbeteiligungen innerhalb der Grünen: Während der 1980er Jahre gerieten die sogenannten *Fundis* und die *Realos* häufig über die Frage heftig aneinander, ob die Grünen den Weg der Fundamentalopposition gehen sollten oder ob ein Weg besser sei, der sie koalitionsfähig machen würde.

Zuerst wurden die Grünen in Hessen Mitglied einer Regierungskoalition. In vielerlei Hinsicht brach diese Tatsache den Bann und überwand die Barriere, den Weg der parlamentarischen Politik zu gehen.<sup>5</sup> Die Grünen waren Mitglied von zehn verschiedenen Koalitionen in Bundesländern, bevor sie das erste Regierungsbündnis auf nationaler Ebene schlossen. Im Jahr 1998 wurde die erste rot-grüne Bundesregierung gebildet; Joschka Fischer wurde Außenminister und Vizekanzler. Diese Koalition aus Grünen und der SPD überstand die Wahlen von 2002 und blieb bis 2005 an der Macht. Sie hatte eine Reihe von Erfolgen vorzuweisen: angefangen von der Reform des deutschen Staatsbürgerschaftsrechts bis

hin zum Atomausstieg. (Das sind beides Themen, die, wie man betonen muss, zur Kernidentität der Grünen gehören.)

Auch wenn sie natürlich mit dem größeren Koalitionspartner Kompromisse schließen mussten und im Bundesrat, dem wichtigen und einflussreichen »Oberhaus« der deutschen Legislative, Niederlagen hinnehmen mussten, so gelang die Einleitung eines so fundamentalen politischen Wandels zu großen Teilen doch durch die Initiative und die Beharrlichkeit der Grünen. Wie so oft in rot-grünen Koalitionen hat auch hier der Schwanz mit dem Hund gewedelt und nicht umgekehrt.

Im Sommer und Frühherbst 2012, während dies niedergeschrieben wird, sind in vier deutschen Bundesländern rot-grüne Koalitionen an der Regierung: in Bremen, Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz. Die Koalition in Baden-Württemberg ist von besonderem Interesse, weil sie die erste von den Grünen geführte Regierung auf Landesebene in der Geschichte der Bundesrepublik darstellt, also im eigentlichen Sinne eine *grün-rote* ist.<sup>6</sup> Die Grünen erhielten bei der Landtagswahl 2011 24,1 Prozent der abgegebenen Stimmen, mehr als doppelt so viele wie bei der vorhergehenden Wahl. Dieses Ergebnis war gut genug, um sie zur zweitstärksten Partei im Landtag zu machen, wo sie schließlich mit der SPD eine grün-rote Regierung bildeten, mit Winfried Kretschmann als dem ersten grünen Ministerpräsidenten in der deutschen Geschichte.<sup>7</sup> Ein solches Ereignis wäre in den selig-basisbewegten Tagen der Grünen Partei in den späten 1970er und frühen 1980er Jahren, als man sich noch als »Antiparteienpartei« verstand, nicht einmal vorstellbar gewesen. Was aber damals noch nicht vorstellbar war, ist knapp drei Jahrzehnte danach Normalität.

Umfragedaten zeigen, dass das ökologische Bewusstsein der Deutschen in mancherlei Belangen gestiegen ist. Diese Einstellung hat sich – nicht zufällig, wie wir annehmen dür-

fen – mit der gestiegenen Popularität der Partei der Grünen noch gefestigt.<sup>8</sup> Zwar kann dies nicht ausschließlich auf die neu entdeckte Präsenz und Popularität der Grünen zurückgeführt werden – schließlich ist es durchaus möglich, sogar wahrscheinlich, dass dieser Wertewandel überhaupt erst der Auslöser für die wachsende Popularität der Grünen war –, doch die Wechselwirkung zwischen diesen beiden Faktoren – die Bedeutung der Ökologie hat Einfluss auf die Bedeutung der Partei, und die Partei steigert die Bedeutung der Ökologie – hat zu einer Symbiose geführt, die in Deutschland einen neuen politischen Diskurs, ja, eine neue politische Realität geschaffen hat.

Die Sorge um die Umwelt hat im heutigen Deutschland eine herausragende Stellung erlangt. Gleichgültigkeit gegenüber der Umwelt auszudrücken wäre ausgesprochen unpatriotisch, ja, geradezu »undeutsch«, würde die Grenzen des akzeptierten Diskurses und Denkens überschreiten. Für die Erhaltung und Schonung der Natur zu sein ist schlichtweg *Mainstream* geworden. Für eine zahlenmäßig kleine Partei ist das in der Tat ziemlich beeindruckend!

Selbst in Regionen Deutschlands, wo die Grünen bei Wahlen nicht sonderlich erfolgreich waren, sind sie doch institutionell unübersehbar repräsentiert. Die Ausbreitung von Bürgerinitiativen in Deutschland – im Jahr 1972 existierten annähernd 1.000 solcher Gruppen, bis 1977 war diese Zahl auf 50.000 angestiegen – trug dazu bei, das Milieu zu schaffen, das letztendlich die Entwicklung der westdeutschen Grünen Partei förderte und nährte.<sup>9</sup>

Zwar wurden die typischen Elemente der alternativen Bewegungen in der Partei mit den Wahlerfolgen und der institutionellen Präsenz naturgemäß schwächer, jedoch verkümmerten sie nicht ganz und bestehen bis heute in Form einer gesunden Dosis innerparteilicher Meinungsvielfalt fort. Doch es bleibt dabei: Die Themen, die den Identitätskern der

Grünen bilden – wir kommen später darauf zurück –, haben der Partei auf dem dichten und unübersichtlichen politischen Markt Deutschlands einen Wettbewerbsvorteil verschafft. Indem sie mit diesen respektablen Themen und Werten identifiziert werden, bietet diese kunterbunte Partei tatsächlich ein sehr erfolgreiches geschlossenes Erscheinungsbild.

Gegenwärtig haben die Grünen in ganz Deutschland über 400 Kreis- und noch viel mehr Ortsverbände; sie bilden die organisatorische Grundlage der Partei. Interessanterweise hat die Ausbreitung dieser Institutionen sogar die Vereinigten Staaten erreicht. Im Jahr 2008 gründeten einige Deutsche einen Ortsverband in Washington, D.C., um andere Deutsche, die in der Region leben, für die Teilnahme an den Bundestagswahlen 2009 zu mobilisieren, mit ihnen über deutsche Politik zu debattieren, grüne Picknicks zu organisieren, *Die Feuerzangenbowle*<sup>10</sup> zu sehen und andere gesellschaftliche Aktivitäten zu initiieren.<sup>11</sup> Wenigstens nach unserer Kenntnis ist dies die erste Parteiorganisation dieser Art außerhalb Deutschlands und für jede politische Partei ein bemerkenswerter Schritt.<sup>12</sup> Es ist außerdem ein sprechendes Beispiel dafür, wie sich die Grünen insgesamt in der herkömmlichen und »normalen« Art institutionalisiert und zugleich ihre historischen Bindung an ihren Ursprung aus organisatorischen Strukturen bewahrt haben, die der Basisdemokratie verpflichtet sind. Trotz der offensichtlichen Verbindung des Ortsverbands Washington D.C. an die Partei in Deutschland – die Website des amerikanischen Ortsverbands nutzt eine Maske, die auch auf den Websites aller Ortsverbände der Partei in ganz Deutschland erscheint – hat der Gedanke eines Außenpostens einer deutschen Partei in Amerika, der das Bewusstsein für deutsche Politik bei den expatriierten Deutschen stärken will, etwas zutiefst Demokratisches. Mehr noch: Steven Milder, ein ausgewiesener Experte für die Frühzeit der Grünen und der deutschen Anti-

atombewegung, hat darauf hingewiesen, dass der Gedanke eines solchen Außenpostens eine ehrwürdige Geschichte hat, denn laut Milder hatte die verstorbene Petra Kelly, eine der ersten grünen Führungspersönlichkeiten mit besonderen Bindungen an die Vereinigten Staaten, den Wunsch geäußert, die Grünen möchten dort irgendeine Art von Vertretung einrichten, um den Dialog mit den Angehörigen vergleichbarer Milieus in den USA zu fördern.

Die grüne Bewegung hat sich von einem lose verbundenen kulturellen und politischen Milieu zu einer konventionellen, aber auch bedeutenden Partei entwickelt, die auf jeder Ebene des politischen Lebens in Deutschland vertreten ist und eine breite institutionelle Basis hat.

Während bei den meisten politischen Parteien der Blick auf die Mitgliederzahlen hinreichende Aufschlüsse über ihre Entwicklung gibt (egal, ob Zunahme, Abnahme oder Beständigkeit), ist es bei den Grünen etwas komplexer. Das hat mit der Geschichte der Partei (und der Bewegung und des Milieus) als einer »Antiparteienpartei« zu tun und ihrer Skepsis, wenn nicht sogar ihrer Aversion und ausgesprochenen Feindseligkeit gegenüber der Entwicklung zu einer institutionalisierten und normalen Partei. Deshalb sind die Grünen anfangs eine Partei gewesen, die nicht auf der Jagd nach neuen Mitgliedern war. Folgerichtig gab es die größten Mitgliederzuwächse – bezeichnenderweise und vielleicht sogar in Ermangelung einer besseren Alternative – in entscheidenden Momenten der Partei: bei ihrer Vereinigung mit Bündnis 90 im Jahr 1993, bei der Bildung der rot-grünen Bundesregierung 1998 und beim Zusammentreffen der Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke durch die schwarz-gelbe Bundesregierung und der Katastrophe von Fukushima im Jahr 2011. Es waren eher diese äußeren Einflüsse als die Aktivitäten der Partei bei der Mitgliederwerbung, die den Grünen Zulauf brachten. Zurzeit haben die

Grünen fast 60.000 Mitglieder. Damit sind sie nah an den Mitgliederzahlen der FDP und der Partei Die Linke, die sie voraussichtlich in den nächsten Jahren überholen werden.

Im Jahr 2011 waren die Grünen die einzige der im Bundestag vertretenen Parteien, die Mitglieder hinzugewonnen hat – ausgesprochen gute Nachrichten für eine Partei, die von ihren Gegnern zuweilen als repräsentativ für eine abgelaufene Ära beschrieben und als reine 68er-Milieupartei abgetan wird, die eine überholte und irrelevante »Szene« verkörpert.

Vielleicht zeigen nur wenige Indikatoren die Arriviertheit – um das gefürchtete Wort »Establishment« zu vermeiden – einer Partei im politischen Leben Deutschlands wie die Tatsache, dass sie sich mit einer Stiftung schmückt, die – obwohl von der betreffenden Partei nominell unabhängig, doch Teil ihres ideologischen Geltungsbereichs – seit ihrer Gründung vor 25 Jahren enorm gewachsen ist. Die Heinrich-Böll-Stiftung hat Niederlassungen in jedem deutschen Bundesland und aktuell 29 Büros im Ausland, von »erwartbaren« und »gängigen« Städten wie Washington, Peking und Brüssel bis zu eher »exotischen« Orten wie Ramallah, Phnom Penh und San Salvador. Zusätzlich zu diesen Büros unterstützt die Stiftung Aktivitäten in Dutzenden weiterer Länder. Aktuell verfügt die Stiftung über ein Budget von mittlerweile rund 52 Millionen Euro, verglichen mit 36 Millionen Euro im Jahr 2004.

Die Heinrich-Böll-Stiftung erweitert die institutionelle Präsenz der Grünen bzw. des grünen Gedankens sowohl im Inland wie im Ausland enorm. Sie ist der inoffizielle Botschafter ihrer Werte geworden.<sup>13</sup> Doch ein Besuch in der Zentrale dieser besonderen Institution in einem der angesagtesten Viertel von Berlin macht deutlich, dass die Grünen *im* Establishment angekommen, jedoch nicht *Teil* des Establishments geworden sind: Man sieht Männer und – vor allem –

Frauen, die leger gekleidet sind und das Erscheinungsbild von Sozialwissenschaftlern in irgendeiner großen europäischen oder amerikanischen Forschungseinrichtung bieten und durch ein beeindruckendes, hypermodernes und alles andere als bescheidenes Gebäude voller Spitzentechnologie huschen. Das Ganze macht manchmal den Eindruck eines großstädtischen Architekturbüros an Casual Fridays oder die eines soziologischen Instituts in seinem alltäglichen Habitus.

Parteipolitik in einer entwickelten Demokratie ist keine Kleinigkeit. Rundheraus gesagt, handelt es sich um Big Business (wie zuwider auch immer den Grünen und Trägern ähnlicher Überzeugungen die Verwendung dieses beinahe blasphemischen Begriffs sein mag). Um große Kampagnen betreiben, ihre Apparate adäquat personell ausstatten und andere Aktivitäten koordinieren zu können, brauchen die Parteien viel Geld. Auch das Budget und die Einnahmen der Partei der Grünen haben im Lauf der Zeit signifikant zugenommen. Im Jahr 1983, als die Grünen in den Bundestag einzogen, hatten sie Einnahmen von insgesamt 19.757.967 DM.<sup>14</sup> Für eine frischgebackene parlamentarische Partei war das viel Geld. Vor dem Wechsel zum Euro betrug das Budget 56.976.167 DM – das war 1998, dem Jahr, in dem sie zum ersten Mal in eine Koalition auf Bundesebene eintraten.<sup>15</sup> Im Jahr 2010 erzielten die Grünen mit 31.240.990 Euro ihre höchsten Einnahmen.<sup>16</sup>

Ist es einerseits schon bemerkenswert, dass die frühere »Antiparteienpartei« mit erheblichen Summen arbeitet, so sagt andererseits die Herkunft dieser Gelder noch mehr aus. Im Jahr 1983 kamen zum Beispiel von den annähernd 19,8 Millionen Mark, die die Grünen erhielten, über 11 Millionen im Rahmen der Parteienfinanzierung vom Staat, beinahe zwei Millionen Mark aus Mitgliedsbeiträgen und ungefähr 150.000 DM aus den Beiträgen, die die Parlamentsabgeordneten der Partei, die sogenannten »Mandatsträger«, aus

ihren Diäten abführten, was ca. 56 bzw. 10 bzw. weniger als 1 Prozent der Gesamteinnahmen der Partei ausmachte.<sup>17</sup> Diese Zahlen unterscheiden sich erheblich von den entsprechenden Werten aus dem Jahr 2010, als die Grünen 11.415.217 Euro als sogenannte »staatliche Mittel« erhielten, 6.597.014 Euro aus Mitgliedsbeiträgen und 6.979.775 Euro von den Mandatsträgern, – was in diesem Fall ca. 36,5 bzw. 21 bzw. 22,3 Prozent der Gesamteinnahmen ausmachte.<sup>18</sup> Diese Zuwächse – besonders aber der Anteil des Geldes, der von den Mandatsträgern kam – zeigen, wie die Grünen auch materiell von ihrer Institutionalisierung im politischen Mainstream profitiert haben.

Um dieses Kapitel zu beenden: Selbst ein flüchtiger Blick auf ein paar aussagekräftige Zahlen enthüllt die verborgene, doch nachhaltige Präsenz der Grünen im politischen und öffentlichen Leben Deutschlands. Nach jedem Kriterium, das man für die Beurteilung einer erfolgreichen Institutionalisierung einer Partei in Deutschland anlegen kann – der alltäglichen Präsenz auf der Städte- und Gemeinde-, der Länder- und Bundesebene, in der Verwaltung, in Parlamenten und Regierungen –, sind die Grünen ein wichtiger, fest verankerter politischer Faktor in Deutschland geworden, bei dem nichts auf eine Schwächung, geschweige denn ein Verschwinden hinweist.

Das kann man einfach nur als großen Erfolg bezeichnen!

# Zwei

## Die vier Säulen der grünen Identität

### Ökologie

Ökologie ist die markanteste und auch wichtigste der vier Säulen, auf denen die »postmaterialistische« Wertebasis ruht, die die Identität der Grünen ausmachen. Die pure Tatsache, dass die Partei nicht »Die Tauben«, »Die Feministen« oder »Die Demokraten« heißt, sondern »Die Grünen«, zeigt deutlich die Stellung von Natur und Umwelt als Primus inter pares gegenüber den anderen drei Säulen: Frauen und Feminismus; Friede und Pazifismus; Basisdemokratie. Die Ursprünge dieser herausragenden Rolle sind komplex und bedürfen einiger Erläuterungen. Über die Rolle der deutschen Tradition der Romantik, der Liebe zur Natur und des Antimodernismus für die besondere Bedeutung der Ökologie in der grünen Programmatik ist viel geschrieben worden.<sup>19</sup> Das grüne Ideal der Ökologie »findet seine Ursprünge in einer politischen Tradition, die schon in der Vergangenheit

ähnliche Forderungen gestellt hat, obwohl häufig in völlig unterschiedlichem Kontext«. <sup>20</sup> Doch trotz der ohnehin besonderen deutschen Naturverbundenheit haben die Grünen die Rolle, die die Umwelt in der deutschen Politik spielte, verändert und zudem die Vorstellungen erweitert, welche Art von Regulierungen zum Schutz der Umwelt erforderlich seien.

Die Grünen haben die Umwelt zu einem Thema gemacht, das Wählerentscheidungen im gesamten politischen Spektrum beeinflusst.

Die Sorge um die Umwelt fällt nicht länger in den alleinigen Zuständigkeitsbereich radikaler Umweltschützer. In der Tat haben es die Grünen mit ihrem fortgesetzten Engagement für die Umwelt geschafft, die unbestimmte grundsätzliche Liebe zur Natur, die in Deutschland weit verbreitet war, in eine dauerhafte Verpflichtung zur Schaffung einer besseren Welt umzumünzen, in der eine Politik der Nachhaltigkeit im Mittelpunkt steht.

Sie haben also erfolgreich darauf hingewirkt, dass vage Sympathien und sentimentale Gefühle in konkrete politische und administrative Handlungen umgewandelt wurden – nicht schlecht für eine Partei, die in den ersten Jahren häufig für ihre ausgeprägte Emotionalität und ihre Unfähigkeit, Probleme rational zu lösen, belächelt und kritisiert wurde. Der Erfolg der Grünen auf diesem Feld war so überwältigend, dass die anderen Parteien ihnen auf dem Fuß folgen und sie imitieren mussten. Und wieder einmal zeigte sich, dass kein Kompliment größer sein kann als die Nachahmung.

Und trotzdem: Die Assoziation Grüne = Ökologie ist unantastbar und unabänderlich geworden. Alle Marken lechzen geradezu nach solchen erfolgverheißenden, automatischen Assoziationen. Die Grünen haben das in höchstem Ausmaß erreicht, ein sichtbares Kennzeichen ihres Erfolgs.

Besonders das Ende aller nuklearen Optionen der Energiegewinnung, die die Grünen als erste politische Partei in Deutschland forderten, hat in der deutschen Politik eine außerordentliche Aufmerksamkeit und Dringlichkeit erhalten. Seit ihren Anfängen haben die Grünen mit der Forderung nach einem Ende der atomaren Stromerzeugung, dem berühmten *Atomausstieg*, eine strikt atomfeindliche Einstellung beibehalten; sie bildet nach wie vor einen Teil ihres Identitätskerns.

Am Anfang traf diese Einstellung auf den starken Widerstand aller anderen Bundestagsparteien. Doch im Jahr 2000 verabschiedete die rot-grüne Bundesregierung die »Vereinbarung zwischen der Bundesregierung und den Energieversorgungsunternehmen«, der den Prozess des schrittweisen Abschieds von der Nuklearenergie einleitete und damit eines der herausragendsten Ziele der Grünen erreichte.<sup>21</sup>

Im Jahr 2010 modifizierte die Regierung aus CDU/CSU und FDP das Atomgesetz, um die Lebensdauer der bestehenden deutschen Atomkraftwerke zu verlängern, die sogenannte *Laufzeitverlängerung*.<sup>22</sup> Die Tatsache, dass sich diese Mitte-Rechts-Regierung nur in der Lage sah, den Betrieb der deutschen Atomkraftwerke zu verlängern, statt ihn langfristig zu sichern bzw. auszubauen, spricht Bände. Dabei hätte die Regierung den Atomausstieg vollständig rückgängig machen können. Doch die anhaltende Antiatomstimmung, selbst unter der Wählerschaft der schwarz-gelben Regierung, schloss diese Möglichkeit aus. Auf diese Art und Weise wurde das, was einmal bloß zum Identitätskern einer Gruppe postmaterialistischer Hippies gehörte und deren politische Hauptforderung war, zum absoluten Mainstream in der deutschen Politik und im öffentlichen Diskurs.

Wie weit die Themen Ökologie und Nachhaltigkeit in das breite Spektrum der deutschen Politik eingedrungen sind, zeigt die Art und Weise, wie andere politische Parteien

den Umweltschutz in ihre Programme aufgenommen haben. Ein im Jahr 2010 veröffentlichtes Papier einiger junger Fachleute aus der CSU – »Umweltpolitiker« – zeigt diese Institutionalisierung.<sup>23</sup> Das Dokument ist »Aus Verantwortung vor der Schöpfung« betitelt und fordert, dass ganz Oberbayern klimaneutral werden solle. Und: Bayern solle Geld nur noch unter sozialen, ethischen und ökologischen Maßstäben investieren – und das Solarprogramm aus der rot-grünen Regierungszeit neu auflegen. Die Probleme und Zielsetzungen, die in dem CSU-Papier erörtert werden, betreffen traditionell grüne Themen, machen explizit vom grünen Vokabular Gebrauch und zeigen damit ein weiteres Mal den Einfluss der Grünen auf den politischen Status quo – selbst bei der Partei, von der man sagen kann, dass sie die genau den Grünen entgegengesetzte Seite des politischen Spektrums besetzt.

Indem sie grünes Ideengut in ihre eigene Ideologie aufnehmen, könnten andere Parteien den Status der Grünen als einzige Hüterin der Umwelt und des ökologischen Gedankens destabilisieren und den Anspruch der Grünen untergraben, auf diesem wichtigen Feld der einzig wahre Interessenvertreter zu sein. Anders als auf dem ökonomischen Markt, wo Marken ihre Originalität und Authentizität über die verschiedensten Copyright-Gesetze und andere Maßnahmen schützen können, ist dies auf dem politischen Marktplatz nicht möglich, da hier die Kooptation guter Ideen von Konkurrenten – letztendlich ihrer Markenzeichen – gang und gäbe ist. Es ist dann für den Urheber der Originalmarke dringend erforderlich, vor den Wählern um seine Authentizität und seinen Anspruch zu kämpfen und darauf zu hoffen, dass diese sie erkennen, den Urheber belohnen und den Imitator bestrafen.

Während der Koalitionsverhandlungen zwischen der CDU/CSU und der FDP im Jahre 2009 gab es spürbare Spannungen in der Frage des Anbaus von MONS810, einem

genmodifizierten Mais, wobei CDU und CSU – besonders letztgenannte Partei – diesen Anbau in Deutschland verbieten wollten.<sup>24</sup>

Natürlich kämpfen die Grünen schon lange gegen genetisch veränderte Nahrungsmittel und für die strikte Kennzeichnungspflicht bei Lebensmitteln, die genmodifizierte Bestandteile enthalten. Gleichzeitig setzen sie sich für eine ökologische Landwirtschaft ein – und das auch von Beginn an. Renate Künast, in der rot-grünen Bundesregierung Ministerin für Landwirtschaft und Verbraucherschutz, wehrte sich gegen verschiedene Fälle von »Themenklau« mit der Argumentation, dass Parteien wie die CDU und die CSU nur Lippenbekenntnisse zu grünen Ideen ablegten, aber keine grüne Gesetzgebung schafften; mit anderen Worten: dass die Rivalen der Grünen deren Forderungen nur kopierten, ohne sie tatsächlich umzusetzen.

Verständlicherweise erhoben die Grünen oft Vorwürfe wegen mangelnder Authentizität und Ernsthaftigkeit ihrer politischen Konkurrenten, etwa – und dann mit beißendem Spott – wenn Kanzlerin Angela Merkel sich vor Gletschern fotografieren lässt, um vor dem Klimawandel zu warnen.<sup>25</sup>

Ob politisches Theater oder nicht – die Tatsache, dass diese Parteien den Stellenwert der Umwelt und besonders ihre Rettung als politische Aufgabe anerkennen, bezeugt den politischen Wert, den das Eintreten für den Umweltschutz in der deutschen Politik und im öffentlichen Diskurs inzwischen hat. Umweltbelange öffentlich nicht ernst zu nehmen käme heute in Deutschland einem politischen Selbstmord gleich. Niemand mit politischem Ehrgeiz, der einigermaßen bei Verstand ist, würde abwertend über Umweltprobleme reden.

Ein weiteres Beispiel für die Geltung ökologischen Denkens in Deutschland: die Reaktion des politischen Establishments auf die Atomkatastrophe in Fukushima. Wenige Tage

nach dem Desaster kritisierten Politiker sowohl der Grünen wie der SPD die Regierung aus CDU/CSU und FDP für die Laufzeitverlängerung.<sup>26</sup> Was geschah? Beinahe über Nacht machte Angela Merkel ihre Entscheidung bezüglich der deutschen Atomkraftwerke rückgängig und skizzierte eine neue Politik: ein Atom-Moratorium, das letztlich darauf verpflichtete, in der Bundesrepublik die Atomenergie abzuschaffen.<sup>27</sup>

Wenn das kein grandioser Sieg der grünen Bewegung war, dann wissen wir nicht, wie ein solcher Sieg aussehen könnte.

Ungeachtet dieser politischen Wende um 180 Grad – vielleicht sogar in der inneren Einstellung – seitens der deutschen Regierung schoss die Popularität der Grünen im Gefolge der Atomkatastrophe von Fukushima in den Meinungsumfragen steil nach oben. In verschiedenen Sonntagsumfragen erreichten die Grünen 23 Prozent Zustimmung und danach bei einigen Landtagswahlen beeindruckende Erfolge.<sup>28</sup> Wir haben schon kurz das Resultat in Baden-Württemberg erwähnt, doch ähnlich bemerkenswerte Siege errangen die Grünen in den Ländern Mecklenburg-Vorpommern und Rheinland-Pfalz. Im erstgenannten Land erzielten sie 8,7 Prozent, nachdem sie 2006 die Fünfprozenthürde nicht überspringen konnten. Noch beeindruckender war der Anstieg in Rheinland-Pfalz, wo die Grünen ihr vorhergehendes Resultat mehr als verdreifachten, indem sie 15,4 Prozent der Wählerstimmen gewannen. Auch diese Ergebnisse zeigen die anhaltende Bedeutung der Atom- und Umweltpolitik in Deutschland und die nicht unerhebliche Identifizierung mit den Forderungen der Grünen, besonders in Krisenzeiten. So, wie in den späten 1980er Jahren Tschernobyl der grünen Sache half, stärkte 25 Jahre danach auch Fukushima die Position der Grünen in der deutschen Politik und der öffentlichen Meinung. Wie bei allen besonderen Marken erfährt

Authentizität in Zeiten des Zweifels und der Unsicherheit die größte Zustimmung.

Vielleicht noch wichtiger als diese Erfolge bei Landtagswahlen waren, wenigstens auf der symbolischen Ebene, die Ergebnisse der Koalitionsverhandlungen zwischen den Grünen und der SPD nach den Wahlen in Baden-Württemberg. Weil sie in dieser Wahl extrem gut abgeschnitten und mehr als 24 Prozent der Wählerstimmen erhielten, waren die Grünen in einer starken Verhandlungsposition. Sie waren zur zweitstärksten Partei geworden, vor ihnen nur noch die CDU, und deshalb selbstbewusst genug, die beinahe drei Jahrzehnte alte Formel rot-grüner Koalitionen, in denen sie immer der Juniorpartner waren, umzukehren. Winfried Kretschmann wurde der erste grüne Ministerpräsident, und die Grünen waren zu Platzhirschen, zu den Chefs an der Spitze der Exekutive eines überaus wichtigen Bundeslandes geworden.<sup>29</sup> Umfragen von Infratest-Dimap zeigten, dass die Grünen von jeder anderen im Landtag vertretenen Partei erhebliche Stimmengewinne zu verzeichnen hatten.<sup>30</sup> Besonders die FDP hatte darunter zu leiden, die annähernd 60.000 Wähler an die Grünen verlor.<sup>31</sup> Auch die CDU musste einen beträchtlichen Wählerverlust hinnehmen und verlor an die Grünen mehr als 80.000 Stimmen.<sup>32</sup> Diese massiven Wählerverschiebungen von den etablierten Parteien zu einer Partei, die früher als Randerscheinung betrachtet worden war, wäre völlig unerklärlich, wenn nicht verschiedene Kernthemen der Grünen inzwischen mehrheitsfähig bzw. populär geworden wären.

Selbst außerhalb der politischen Sphäre ist die Ökologie, zusammen mit dem sie begleitenden Modewort »Nachhaltigkeit«, zu einem Markenzeichen geworden, das in der Werbung ständig verwendet wird – und zwar für ein erstaunlich breites Spektrum an Waren und Dienstleistungen, darunter Lebensmittel, Baumaterialien, Banken und Autos, um nur

einige wenige zu nennen. Diese Behauptungen der Nachhaltigkeit sind so abgedroschen und unglücklicherweise in den meisten Fällen auch irreführend, dass schon Websites nur zu dem Zweck geschaffen wurden, diesen Anpreisungen auf den Zahn zu fühlen. Eine der beliebtesten dieser Websites ist der »Klima-Lügendetektor«, der auf seiner Homepage fragt: »Plötzlich sind alle Klimaretter. Wirklich?«<sup>33</sup>

Doch unabhängig vom tatsächlichen Nutzen des Produkts reicht allein die Kennzeichnung als »grün«, »nachhaltig« oder »organisch« in welcher verschwommener Form auch immer, um a priori eine positive Assoziation hervorzurufen. Oft bleibt unklar, was diese Begriffe genau meinen und wie sie sich in der Praxis darstellen, aber im derzeitigen deutschen Diskurs vermittelt das Attribut »grün« von vornherein eine unbezahlbare Legitimierung und Seriosität. Das ist für jede Marke der Inbegriff des Erfolgs.

Das Herzstück der grünen Identität, die Rettung der Umwelt, hat in Deutschland also ein Tugendmonopol erreicht, das anders geartete Sichtweisen in nennenswertem Umfang nicht mehr zulässt.

Die Verkörperung des Erfolgs einer Marke ist die beinahe vollständige Eliminierung konkurrierender Marken und die Marginalisierung konkurrierender Erzählungen, die eine legitime Alternative anbieten. In ihrem Kernthema Ökologie haben die Grünen genau diesen Status erreicht. Ehre, wem Ehre gebührt!

## Frauen und Feminismus

Frauen haben schon mehr als ein Jahrhundert lang eine wichtige Rolle in der deutschen Politik gespielt. Das geht weit über die bekannten Figuren der Linken, Clara Zetkin und Rosa Luxemburg, hinaus, auch wenn die meisten Frauen wie in allen vergleichbaren Industriegesellschaften – keineswegs

aus freien Stücken – am Rand standen. Es wäre eine Unterlassungssünde zum Beispiel die vier »Mütter des Grundgesetzes« nicht zu nennen: Elisabeth Selbert, Friederike Nadig, Helene Weber, die auch schon an der Weimarer Verfassung mitgearbeitet hatte, und Helene Wessel.<sup>34</sup> Diese Frauen zeichneten für den Teil des Grundgesetzes verantwortlich, der unmissverständlich für »Männer und Frauen gleiche Rechte« fordert – ein mehr als wichtiger Anstoß und Rahmen für die künftige Teilhabe der Frauen an der Politik und den öffentlichen Angelegenheiten in Deutschland.<sup>35</sup> Frauen wie Elisabeth Schwarzhaupt, Bundestagsabgeordnete der CDU, die 1961 das erste weibliche Kabinettsmitglied in der deutschen Geschichte wurde, Annemarie Renger (SPD), die erste Präsidentin des deutschen Bundestages (1972 in dieses illustre Amt gewählt), und Angela Merkel (CDU), erste Kanzlerin der Bundesrepublik, sind nur die prominentesten Repräsentantinnen und Nutznießerinnen dieser Tendenz zur Inklusion.

Doch Tendenzen und Gesten sind weit entfernt von der gängigen Norm, die sich nachdrücklich im geringen Prozentsatz von Frauen auf allen drei Ebenen des politischen Systems zeigt, nirgendwo deutlicher als auf der Bundesebene. Trotz der eben erwähnten bemerkenswerten Errungenschaften sank der Prozentsatz von Frauen im Bundestag 1957 unter 10 Prozent und blieb auf diesem niedrigen Niveau bis 1983.<sup>36</sup> Diese Unterrepräsentation von Frauen im öffentlichen Leben strafte die im Grundgesetz garantierte Gleichheit Lügen und wurde immer wieder von Feministinnen im Allgemeinen und der Partei der Grünen im Besonderen heftig kritisiert.<sup>37</sup>

Es sollte nicht überraschen, dass die Grünen als bedeutendste institutionelle Repräsentanten der Emanzipationsbewegungen der späten 1960er und frühen 1970er Jahre, als die idealtypischste Verkörperung der »Neuen Linken«, unter

deren Ägide die sogenannte »Zweite Frauenbewegung« das öffentliche Leben in allen entwickelten Industriegesellschaften in einem zuvor unvorstellbaren Ausmaß verändert hat, in dieser wichtigen Frage der Rolle der Frau in Politik und Gesellschaft in den letzten drei Jahrzehnten die entscheidende und beharrlichste Führungsrolle übernommen haben. Daher ist es auch kein Zufall, dass die erste Wahlperiode der Grünen im Bundestag auch einen Anstieg des Frauenanteils im Parlament mit sich brachte.<sup>38</sup>

Mit dem Aufstieg der grünen Bewegung gewannen die Rechte der Frauen – wenn auch nicht der »Feminismus« in seiner expliziten und radikalen Gestalt – in der deutschen Politik einen dauerhaft größeren Stellenwert.

Die Grünen waren die erste deutsche Parlamentspartei, die Regeln aufstellte, um die angemessene Präsenz von Frauen in den Gremien der Partei und ihren Fraktionen sicherzustellen. Die Partei erklärt die Gründe, die hinter dieser Entscheidung stehen, auf ihrer Website so: »Im grünen Frauenstatut ist festgelegt, dass mindestens die Hälfte aller Ämter und Mandate Frauen zusteht. Bei Wahlen zu Vorständen oder bei der Aufstellung von Listen zu Parlamentswahlen werden deshalb die ungeraden Plätze von Frauen besetzt – der erste Platz ist also immer einer Frau vorbehalten... Das wirkt sich auch auf unsere Politik aus: Chancengerechtigkeit für Frauen und Männer ist eine unserer zentralen politischen Forderungen, und da gibt es noch viel zu tun. Wir wollen die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass Frauen im Berufsleben gleiche Chancen haben, und auch dafür, dass im Alltagsleben Berufs- und Familienarbeit gerecht zwischen Frauen und Männern aufgeteilt werden kann.«

Tatsächlich konnte mit dieser Regel die Geschlechtergleichheit in den Gremien und Fraktionen der Partei gewährleistet und gestärkt werden. Aber hatte sie auch Auswirkun-

gen auf die andern Parteien? Wurde sie vom politischen Gegner kopiert?

Mit Ausnahme der FDP, die mittlerweile aber unter einem enormen innerparteilichen Druck steht, ähnliche Regeln zu erlassen, haben alle im Bundestag vertretenen Parteien Reformen und Regeln eingeführt, die, wenn schon nicht das exakte Spiegelbild der neuen Gender-Ansätze der Grünen, so doch zumindest Nachahmungen sind.<sup>39</sup>

Der besondere Einsatz der Grünen für die Geschlechterparität hat im deutschen politischen System Fuß gefasst und ist weitgehend anerkannt. Und auch hier gilt, dass es keine größere Bestätigung und kein größeres Kompliment gibt als die Nachahmung durch den politischen Gegner.

Die erste der im Bundestag vertretenen Parteien, die den Grünen folgte und eine Frauenquote für Vorstände und Delegationen einführte, war die SPD. Im Jahr 1988 beschloss sie eine 40-Prozent-Quote für beide Geschlechter, was aber faktisch bedeutete, dass der Anteil der Frauen deutlich angehoben werden musste.<sup>40</sup> Zwar hat diese Politik den Frauenanteil bei den SPD-Mandatsträgern gesteigert, doch die Partei ist immer unter ihrem angestrebten Ziel von 40 Prozent Frauen geblieben.<sup>41</sup> Doch immerhin sind seit 2009 38,3 Prozent der SPD-Bundestagsmandate an Frauen vergeben (bei den Grünen sind es 54,4 Prozent), in den 16 Landesparlamenten liegt der Anteil bei 37 Prozent. Nimmt man noch die 46 Prozent im Bundespräsidium und sage und schreibe 58 Prozent im Parteivorstand als Indikatoren, dann wird deutlich, dass Frauen auch auf der Führungsebene der SPD mittlerweile eine entscheidende Rolle spielen.<sup>42</sup>

Grüne und SPD unterstützen auch Gleichstellungsquoten in der Privatwirtschaft, vor allem in den Führungsetagen großer deutscher Unternehmen. Wenn auch bisher ein entsprechendes Gesetz noch nicht in Kraft getreten ist, so haben doch der politische Druck und die wachsende gesellschaft-

liche Akzeptanz der Geschlechtergerechtigkeit zahlreiche Firmen dazu veranlasst, Reformen dieser Art auf eigene Faust durchzuführen. Die größte und bekannteste unter ihnen ist die Deutsche Telekom, die beschlossen hat, dass bis 2015 30 Prozent des Managements auf der mittleren und höheren Ebene mit Frauen besetzt sein muss.<sup>43</sup>

Eine andere wichtige Organisation, die ähnliche Reformen auf diesem Feld durchgeführt hat, ist ver.di (Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft), die über zwei Millionen deutsche Arbeiter und Angestellte vertritt. Vor einigen Jahren hat die Gewerkschaft eine 50:50-Quote für Frauen und Männer auf allen Managementebenen eingeführt.<sup>44</sup>

Obwohl die rot-grünen Regierungen der späten 1990er und frühen 2000er Jahre auf Bundesebene eine gesetzliche Regelung für Geschlechtergerechtigkeit nicht durchsetzen konnten, zeigt allein schon die Tatsache, dass diese Gesetzgebung auf höchster Regierungsebene diskutiert wird, den Stellenwert, den Frauenfragen in den letzten drei Jahrzehnten in Deutschland gewonnen haben – und das zu einem Großteil dank der Grünen.

Trotz der alten These der Traditionslinken, das unermüdliche Streben nach dem Sozialismus – und natürlich seine Einführung – werde automatisch und zwangsläufig zur Befreiung aller Frauen vom Joch der bürgerlichen Tyrannei und der Ungerechtigkeiten des Kapitalismus führen, müssen wir an dieser Stelle wohl nicht aufzeigen, wie wenig der »real existierende Sozialismus« und die »real existierende Sozialdemokratie« zur wirklichen Befreiung der Frau beigetragen haben, weder innerhalb der Institutionen der Traditionslinken noch auf dem Feld ihres Kampfes. Um es klar zu sagen: Indem sie die Befreiung der Frau als einfache Begleiterscheinung der Befreiung des Proletariats auffasste, hat diese Linke wenig bis nichts unternommen, um den vorhandenen Sexismus der Gesellschaften zu bekämpfen, in denen sie agierte,

sondern ihn wie so viele Aspekte der bürgerlichen Kultur eher übernommen.<sup>45</sup>

Daher verdankt die Partei Die Linke ihre derzeitige Frauenquote eher dem Erbe und dem gesellschaftlichen Einfluss der Grünen und des Milieus der Neuen Linken, als das sie aus der Tradition der alten Linken stammen könnte, der die Partei im großen und ganzen historisch und kulturell immer noch angehört.<sup>46</sup> Seit die Partei Die Linke erstmals 1990 in den Bundestag einzog (damals noch unter dem Namen PDS) hatte ihre Fraktion im Bundestag niemals eine geringere Frauenquote als 43,3 Prozent. Als die Partei zwischen 2002 und 2005 vorübergehend ihren Fraktionsstatus im Parlament verlor, war sie allein durch zwei Frauen vertreten, Petra Pau und Gesine Löttsch, die beide Direktmandate in ihren jeweiligen Berliner Wahlkreisen errungen hatten.

Die Methode, mit der Die Linke die Repräsentation von Frauen sicherstellt, ähnelt sehr derjenigen der Grünen und fordert unter anderem eine stichhaltige Erklärung jeder Abweichung von der 50:50-Regel bei der Besetzung von Posten. Die Parteikultur verlangt, dass Diskrepanzen dieser Art nicht nur erklärt und gerechtfertigt werden müssen, sondern tunlichst zu vermeiden sind.<sup>47</sup>

Und die CDU? Trotz der bemerkenswerten Erfolge von Frauen aus der Christlich-Demokratischen Union waren noch in den späten 1980er Jahren weniger als 8 Prozent der CDU-Bundestagsabgeordneten weiblich.<sup>48</sup> Dieses Problem blieb unter den Mitgliedern wie auch in der Führung der CDU irgendwann nicht mehr unbemerkt, und so beschloss die CDU auf ihrem Parteitag 1996 in Hannover ein vorläufiges Frauenquorum, das im Jahr 2001 zeitlich unbegrenzt erneuert wurde.<sup>49</sup> Die CDU erklärte dieses Frauenquorum in einer von der Partei im darauf folgenden Sommer verteilten Broschüre wie folgt: »Wir müssen uns noch intensiver um die Mitwirkung und Förderung von Frauen auf allen Ebenen

unserer Partei bemühen. Dies ist eine wichtige Aufgabe für alle Ebenen der Partei. Noch immer ist der Anteil der Frauen unter den Mitgliedern der CDU mit ca. 25 Prozent zu gering. Auch unter unseren Amts- und Mandatsträgern sind Frauen eine Minderheit. Unser Grundsatz steht fest: »Frauen sollen an Parteiämtern in der CDU und an öffentlichen Mandaten mindestens zu einem Drittel beteiligt sein.«<sup>50</sup>

In der Legislaturperiode 1994 bis 1998 waren 13 Prozent der CDU-Abgeordneten Frauen.<sup>51</sup> Am höchsten war der Prozentsatz zwischen 2002 und 2005, als 23 Prozent der CDU-Mandate von Frauen besetzt waren; in der letzten Legislaturperiode sank er dann wieder auf 20 Prozent.<sup>52</sup> Obwohl es also nach wie vor zwischen Männern und Frauen in der Union ein deutliches Ungleichgewicht gibt, scheint das Frauenquorum trotzdem eine positive Wirkung für die Frauen in der Partei gehabt zu haben. Und auch hier wäre die Entwicklung ohne das Vorpreschen der Grünen kaum in Gang gesetzt worden.

Wie man es auch dreht und wendet: Der Einsatz für die gleichgestellte Repräsentation von Frauen auf allen Ebenen von Politik und Gesellschaft ist ein Gedanke von explizit grüner Herkunft.

Sogar die CSU muss sich mit der von den Grünen angestoßenen Frauenpolitik auseinandersetzen. Im Jahr 2010 beschloss die Partei, ein der CDU ähnliches System einzuführen, nach dem – mirabile dictu – ein noch höherer Prozentsatz weiblicher Repräsentation in der Partei gelten soll als in der CDU: Die CSU-Direktive fordert 40 Prozent der Ämter in den Kreis- und Ortsverbänden der Partei in Frauenhand.<sup>53</sup> Es ist schwer einzuschätzen, wie sich das innerhalb der Partei auswirken wird, weil es seit dem Beschluss weder auf Bundesebene noch in Bayern Wahlen gegeben hat. Auf jeden Fall hat die CSU aber Spielraum für Verbesserungen: Nur 6 der 44 Bundestagsabgeordneten sind Frauen.

Man kann sich jedenfalls kaum vorstellen, dass die CSU eine Frauenquote eingeführt hätte ohne das Vorbild der anderen Parteien und ohne die zunehmende allgemeine Aufmerksamkeit für die Fragen der Geschlechtergerechtigkeit.

Auch wenn sich die FDP weigert – wie man es bei ihrer politischen Philosophie erwarten konnte, die auf das (meist männliche) mündige und auf dem »freien« Markt agierende Individuum als Grundfeste des Liberalismus gründet –, eine Quote oder ein Quorum für eine Gruppe welcher Art auch immer, in diesem Fall für Frauen, einzuführen, hat die Partei sotto voce die Zahl der Frauen im Parlament schon deutlich erhöht. Im Jahr 1983, als die Grünen in den Bundestag einzogen, waren 3 der 35 FDP-Abgeordneten Frauen, das sind dürftige 8,6 Prozent.<sup>54</sup> Im Jahr 1990 war der Prozentsatz auf 20,3 Prozent gestiegen.<sup>55</sup> Derzeit sind 24,7 Prozent der FDP-Abgeordneten im Bundestag Frauen, ein deutlich höherer Anteil als bei CDU und CSU, ungeachtet deren Statuten bzw. Direktiven für die Frauenförderung.

Im Jahr 1994 erkannte die FDP die Liberalen Frauen, gegründet 1990, als die offizielle Frauenorganisation der Partei an.<sup>56</sup> Das ist wichtig, denn im Jahr 2011 gab es spürbare Misshelligkeiten zwischen den Liberalen Frauen und der »Männerriege der FDP-Oberen« über die Behandlung von Frauen in der Partei im Allgemeinen und die Einrichtung irgendeiner Art von innerparteilicher Frauenquote im Besonderen.<sup>57</sup> Im Januar charakterisierte die Bundesvorsitzende der Liberalen Frauen die Partei so: »Die FDP ist ein Männerverein. Sie haben in der FDP unheimlich Gegenwind, wenn Sie zu den Liberalen Frauen zählen.« Diese Kritik wurde von anderen prominenten Frauen in der FDP bestätigt, darunter auch die frühere Stellvertretende Bundesvorsitzende der Liberalen Frauen, Brigitte Susanne Pöpel. Pöpel, die 2012 von ihrem Posten zurücktrat und die Partei verließ, begründete gegenüber der *Süddeutschen Zeitung* ihren

Abschied mit den Worten, es herrsche »ein frauen- und familienfeindlicher Ton in der FDP auf kommunaler, Landes- und Bundesebene«. <sup>58</sup>

Diese kritischen Äußerungen gegenüber der FDP ähneln in Ton und Inhalt den Vorwürfen, die die Grünen in den frühen 1980er Jahren gegen das politische System in Deutschland als Ganzes erhoben. Ein kleines, aber wirksames Gegenmittel gegen diese gesellschaftliche Ungerechtigkeit war für die Grünen die Einführung eines Quotensystems, das Frauen per politischem Erlass bei ihrem Aufstieg helfen sollte, den der damalige Status quo nicht zugelassen hätte.

Es ist ein signifikanter Indikator für den Fortschritt, den die Grünen auch in diesem Punkt in den letzten drei Jahrzehnten erzielt haben, dass eine Gruppe wie die Liberalen Frauen ein System der Frauengleichstellung begrüßt und damit im Endeffekt eine grüne Idee und Politik zu ihrer eigenen macht. <sup>59</sup>

Der Gedanke, dass die im Grundgesetz garantierte formelle Gleichheit der Frauen die Einführung von Quoten brauchte, um einen wesentlichen Grad substantieller Repräsentation zu erreichen, verdankt seine Existenz den Grünen, die die ersten waren, die ihn konzeptionell und konkret in die deutsche Politik – und darüber hinaus – eingeführt haben.

## **Frieden und Pazifismus**

Wie der Umweltschutz, so hat sich auch das Thema Frieden zu einer besonderen politischen Ideologie und Ikone öffentlicher Mobilisierung in der Bundesrepublik nach dem Zweiten Weltkrieg entwickelt, besonders in linken und alternativen Kreisen. Von den Protesten gegen die Wiederbewaffnung der Bundeswehr und den Beitritt Westdeutschlands zur NATO bis zur Opposition gegen die Stationierung von Atomwaffen

auf deutschem Boden in den 1950er und 1980er Jahren, von der massiven Opposition gegen den Vietnamkrieg bis zur Aussetzung der Wehrpflicht 2011 ist die Ablehnung staatlicher militärischer Gewalt, insbesondere die Beteiligung von Deutschen an ihr, zu einem der unverwechselbarsten Kennzeichen der Bundesrepublik geworden: nämlich ein Grundsatzbekenntnis der Mehrheit der Bevölkerung, das nicht in Frage gestellt werden soll. Vielleicht als Reaktion auf die deutsche Kriegslüsterheit in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, pflegen die Deutschen heute eine manchmal sehr bequeme, risikoscheue militärische Zurückhaltung. Auch wenn der Pazifismus in seiner strengsten Bedeutung, d.h. als kategorische Ablehnung aller Gewalt unter allen Umständen, im Verlauf der internationalen Ereignisse der 1990er Jahre etwas an Bedeutung verloren hat, herrscht in der deutschen Gesellschaft nach wie vor eine tiefsitzende Skepsis gegenüber der Anwendung militärischer Gewalt, die von allen im Bundestag vertretenen Parteien geteilt wird.<sup>60</sup>

Doch auch auf diesem Feld belegen die Grünen den ersten Platz. Seit ihrer Gründung ist die Partei ein unbeirrbarer Anwalt des Friedens gewesen – wenn man von der auch bei den Grünen existierenden Sympathie für einige sogenannte »Befreiungsbewegungen« absieht –; obwohl diese unbeirrbar Haltung durch die Massaker im ehemaligen Jugoslawien in den 1990er Jahren, wie gesagt, nachgelassen hat. Der Massenmord an Zivilisten veranlasste viele Mitglieder der Grünen und der SPD darüber nachzudenken, wie die eine Hälfte ihres alten Mantras, »Nie wieder Krieg!«, mit der anderen Hälfte, »Nie wieder Auschwitz!« vereinbar ist.<sup>61</sup>

Dieses Dilemma bringt eine verwandte und ähnlich sensible Frage ins Spiel, die von Anfang an in der grünen Bewegung und dann in der Partei im Zentrum stand: die Frage nach dem Absolutheitsanspruch und der Universalität der Menschenrechte. Dass die Menschenrechte für die Grünen

von immenser Bedeutung sind und nicht nur ein Thema für Sonntagsreden, bezeugt ihre Initiative für die Veränderung des deutschen Staatsangehörigkeitsgesetzes, das vor dem Jahr 2000 auf dem *Jus Sanguinis*, dem Abstammungsprinzip, beruhte und nun notwendige und vernünftige Elemente des *Jus Soli*, dem Wohnortprinzip, beinhaltet und so – wenn es auch längst noch nicht so weit geht wie in den USA – die Bezeichnung »Deutscher und Deutsche« neu definierte. Chapeau!

Auch wenn die pazifistische Haltung in der Partei der Grünen etwas verblasst ist, besonders nach ihrer ersten Regierungsverantwortung im Bund ab 1998, so bleiben der Vorrang ziviler Konfliktlösung und die Ablehnung militärischer Gewalt trotzdem zentrale Glaubenssätze der grünen Partei. Jede Gewaltanwendung müsse das absolut letzte Mittel sein und könne nur dort und strikt begrenzt eingesetzt werden, wo es gilt, einen Völkermord oder eine humanitäre Katastrophe zu verhindern.<sup>62</sup>

Das Thema Frieden war besonders für die deutschen Grünen zentral. Bis zur Mitte der 1990er Jahre waren die Positionen, die die Grünen und, um fair zu sein, auch große Teile der SPD, also insgesamt der grünen wie der roten deutschen Linken gegenüber Kampfeinsätzen jeder Art einnahmen, »nicht auf einer Linie mit denen ihrer Freunde in anderen Ländern wie etwa Frankreich und Großbritannien«. <sup>63</sup> Diese Einstellung erfuhr eine zögerliche – und nur vorübergehende – Modifikation nach dem Massaker 1995 an über 8.000 muslimischen Jungen und Männern durch die serbische Armee in Srebrenica, das schlimmste völkermordähnliche Verbrechen in Europa seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Trotz des expliziten Bekenntnisses der Grünen zum Pazifismus in ihrem Parteiprogramm stimmte die Hälfte ihrer Abgeordneten im Bundestag für eine deutsche Teilnahme an der Eingreiftruppe in Bosnien.<sup>64</sup> Tatsächlich war

selbst die Parteilinke ratlos, wie der Bosnienkonflikt friedlich gelöst werden könnte: »Dokumente interner Diskussionen zeigen, dass die Partei sich eingestand, keine Antwort auf die Frage zu haben, wie die Serben aufzuhalten und die Zivilbevölkerung zu schützen sei.«<sup>65</sup>

Im Zuge dieser innerparteilichen Auseinandersetzung formulierte dann Joschka Fischer, Außenminister unter Rot-Grün und viele Jahre einer der Wortführer der Partei, einen zwölfseitigen Offenen Brief zum Konflikt bei den Grünen. (Dieser Brief ist sicherlich eines der wichtigsten öffentlichen Dokumente der deutschen Nachkriegspolitik). Fischer vertrat die Ansicht, dass unter bestimmten, vielleicht sogar singulären historischen Bedingungen, die nach Fischer auf die völkermordähnliche Situation in Bosnien zuträfen, das sakrosankte Bekenntnis zum Frieden vorübergehend außer Kraft gesetzt werden müsse, um ein höheres Gut zu retten – nämlich das Leben Tausender Unschuldiger, wenn nötig auch durch eine militärische Intervention. Wenn die Schrecken der deutschen Geschichte die jungen Deutschen gelehrt hätten, den Krieg abzulehnen und den Frieden unter allen Umständen als höchstes Gut anzusehen, dann hätten diese Schrecken sie sicher auch gelehrt, den Völkermord an unschuldigen Zivilisten zu verabscheuen und nach Möglichkeit zu verhindern.<sup>66</sup>

Fischers Brief setzte eine große Debatte in Gang, die einen großen Teil des intellektuellen und politischen Lebens in Deutschland weit über die Grenzen der Partei und des grünen Milieus hinaus erfasste. Und natürlich blieb sein Statement innerhalb der grünen Gemeinschaft nicht unwidersprochen. Ein Quartett von ebenso prominenten grünen Führungsmitgliedern – Kerstin Müller, Claudia Roth, Ludger Volmer und Jürgen Trittin –, antwortete Fischer mit einem ähnlich langen Brief, in dem sie darlegten, dass ihrer Ansicht nach die weitere kategorische Ablehnung militäri-

scher Gewalt nicht nur strategisch klug, sondern auch – noch entscheidender! – die einzig akzeptable moralische Lösung für die Grünen sei, und darüber hinaus für die Deutschen und für Deutschland. Ihr Brief trug den vielsagenden Titel: »Wohin führt die Forderung nach einer militärischen Intervention gegen Völkermord?«<sup>67</sup> Dieser Brief konzentrierte sich vor allem auf das Dammbbruchargument: Es könne so eine unumkehrbare Verpflichtung geschaffen werden, in jedem Konflikt zu intervenieren, den die Vereinten Nationen als Völkermord bezeichneten; und er wies darauf hin, dass diese Konflikttypen oft schwer von Bürgerkriegen und anderen regionalen Konflikten zu unterscheiden seien.<sup>68</sup> Der Brief drückte eine tiefe Skepsis gegenüber dem Gedanken aus, deutsche Truppen in alle Welt zu schicken, und er beschwor, niemals eine Situation zu schaffen, die als Präzedenzfall dienen könne, der dann zur regelmäßigen Teilnahme an solchen militärischen Handlungen führen würde.

Der Krieg der NATO gegen die Serben anlässlich des Kosovo-Konflikts im Frühjahr 1999 war eine weitere Belastung für die pazifistischen Grundsätze der Grünen. Schließlich waren sie inzwischen Teil einer Regierungskoalition, und Joschka Fischer war sowohl Deutschlands Außenminister wie auch Vizekanzler. Plötzlich nahmen die Alternativen Pazifismus contra Humanismus, Frieden contra Militärintervention eine Unmittelbarkeit und Dringlichkeit an, die die Grünen an jenem glücklichen Märztag 1983, als sie in den Bundestag einzogen, vermutlich nicht einmal entfernt für möglich gehalten hatten. Doch ihr politischer Erfolg hatte sie mitten ins deutsche und europäische Machtzentrum katapultiert. Die schöne Zeit eines alternativen, quasi hippieartigen Milieus, in der leicht reden und nicht zu handeln war, waren für immer vorbei. Hic Rhodos, hic salta! Und tatsächlich traf die rot-grüne Regierung, geführt von einem Sozialdemokraten und einem Grünen, im Jahr 1999 die überraschende

Entscheidung, als NATO-Mitglied in den Bombenkrieg gegen ein Land, Jugoslawien, und eine Stadt, Belgrad, einzutreten, das die Luftwaffe der Nazis 1941 angegriffen hatte. Die Einsätze, die deutsche Kampfflugzeuge während dieses Konflikts flogen, waren die erste aktive Teilnahme deutscher Truppen in einer militärischen Auseinandersetzung seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs.<sup>69</sup>

Es würde bei weitem die Grenzen dieses Essays sprengen, die Debatte innerhalb der Grünen über die moralische Pflicht zur Teilnahme am Krieg gegen Serbien im Frühjahr 1999 einerseits und über die ebenso unbedingte moralische Pflicht, dies unter keinen Umständen zu tun, im Detail analysieren zu wollen. Es reicht zu sagen, dass man selten eine innerparteiliche Debatte im Nachkriegseuropa verfolgen konnte, die mit so tiefer Überzeugung, rhetorischer Brillanz, ungebrochener Leidenschaft – leider Gottes auch mit ungebotener Schärfe und Beleidigungen – geführt wurde, wie das in jenem Frühjahr bei den deutschen Grünen der Fall war. Viele Deutsche artikulierten das heute zur Plattitüde geronnene »Nie wieder Krieg« oder »Nie wieder Auschwitz«. Damals war es für jeden aufmerksamen Beobachter klar, dass die Grünen für jedes dieser Credos standen und dass die (zumindest zeitweise) Unvereinbarkeit zwischen diesen beiden identitätsstiftenden Grundüberzeugungen viele echte Gewissenkämpfe und Qualen verursachte.

Ungeachtet der zahlreichen Fälle, in denen eine Bundesregierung deutsche Truppen ins Ausland entsandt hat, ist das nie eine einfache Entscheidung gewesen, war immer belastet durch extreme Kontroversen und traf auf massiven Widerstand, der ein weiteres Mal die absolut zentrale Stellung des Friedensgedankens im öffentlichen Leben Deutschlands bezeugt, weit über die Grünen hinaus. Erst 2012, als die NATO-Intervention im Libyen-Konflikt schon beinahe unter Dach und Fach war, zeigte die von CDU/CSU und FDP

geführte Bundesregierung ihren Friedenswillen um praktisch jeden Preis, indem sie alle nichtkriegerischen Optionen ausschöpfte und sich bei der Resolution des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen zur Autorisierung einer Militäraktion in Libyen der Stimme enthielt.<sup>70</sup> So geht also sogar eine konservativ geführte deutsche Regierung – oder vielleicht gerade die – das Risiko ein, ihre Verbündeten in der NATO und in der Europäischen Union (wie die Vereinigten Staaten, Großbritannien und in diesem Fall besonders Frankreich) zu verärgern, indem sie sich weigert, öffentlich deren militärische Aktionen gutzuheißen, geschweige denn mitzutragen, weil sie weiß, dass diese Verweigerungshaltung in der deutschen Öffentlichkeit große Zustimmung findet.

Guido Westerwelle, Außenminister der schwarz-gelben Bundesregierung, beschreibt die Grundlage der deutschen Außenpolitik mit den Worten: »Deutsche Außenpolitik ist Friedenspolitik.«<sup>71</sup>

Alles schön und gut, außer dass das nicht neu ist und nur eine Überzeugung in der deutschen Außenpolitik belegt, die eine ganze Reihe von Regierungen ungeachtet unterschiedlicher politischer Farben und Ideologien in stiller Kontinuität miteinander teilen. Um genau zu sein, borgen sich diese Worte den ersten Satz des außenpolitischen Kapitels der Koalitionsvereinbarung von SPD und Grünen aus dem Jahr 1998 aus.<sup>72</sup> Damit wollen wir den deutschen Außenminister allerdings nicht des Plagiats bezichtigen. Die Worte zeigen nur, wie überparteilich das Bekenntnis zum Frieden in der deutschen Politik ist, bei dem die Grünen heute kein Sonderfall mehr sind, wie sie es gern wären, sondern die Norm und die Repräsentation der langweiligen Mitte.

In demselben Interview, in dem Westerwelle den oben zitierten Satz sagte, erklärte er auch, dass die »deutsche Außen und Sicherheitspolitik einer Linie folgt, nach der Militäreinsätze nur ein letztes Mittel sind«.<sup>73</sup>

Wenn auch die Grünen bewaffnete Interventionen für humanitäre Zwecke dulden oder gar befürworten würden, so verweigerten sie doch bedingungslos die Zustimmung zu jedem bewaffneten Konflikt, den sie für willkürlich und aus opportunistischen Gründen vom Zaun gebrochen hielten. Deshalb haben sie sofort und entschieden irgendeine deutsche Beteiligung am letzten Krieg der USA im Irak zurückgewiesen<sup>74</sup>, äußern weiterhin ihre Skepsis gegenüber Deutschlands Teilnahme am von den USA geführten Krieg in Afghanistan und waren gegen die von der NATO geführte militärische Kampagne in Libyen.

Bemerkenswert auch die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht in Deutschland. Der Verdienst und der Anteil der Grünen an dieser Entwicklung kann gar nicht überschätzt werden. Für sie bedeutet die Verabschiedung dieses Gesetzes den Abschluss und Höhepunkt einer dreißigjährigen Kampagne für Gewaltlosigkeit und Frieden, die, wie sich zeigt, in der deutschen Gesellschaft auf fruchtbaren Boden gefallen ist. Und deshalb heißt es in der Erklärung der Grünen dazu: »Am Donnerstag hat der Bundestag mit der Verabschiedung des Wehrrechtsänderungsgesetzes 2011 die Aussetzung der allgemeinen Wehrpflicht zum 1.7.2011 beschlossen. Die Aussetzung der Wehrpflicht in Deutschland ist ein historischer, längst überfälliger Schritt, den wir ausdrücklich begrüßen.«<sup>75</sup>

Umfrageergebnisse belegen, dass das Thema Frieden in Deutschland einen größeren Stellenwert hat als in Europa. In einer »Eurobarometer«-Umfrage vom November 2008 benannten 45 Prozent der Befragten aus ganz Europa den Frieden als für sie wichtigsten Wert.<sup>76</sup> Im November 2009 wurde dieselbe Frage in Deutschland gestellt, und hier sagten 61 Prozent der Befragten, Frieden sei für sie das höchste Gut.

Zwar nimmt die Bundeswehr auch an Auslandseinsätzen in der ganzen Welt teil, zum Beispiel und vor allem in Afghanistan; doch der Umfang dieser Operationen wird von der deutschen Regierung stark begrenzt und eingeschränkt, und zwar soweit, dass die Teilnahme an Kampfhandlungen minimiert und ganz gewiss weniger umfangreich ist als bei den britischen, französischen und anderen NATO-Truppen, von denen der Vereinigten Staaten ganz zu schweigen.

Kurz gesagt: Militärationen sind in der deutschen Gesellschaft nach wie vor extrem unpopulär, und es gibt keine Anzeichen dafür, dass sich das in absehbarer Zeit ändern könnte.

Wenn auch das mehr oder minder strikte Festhalten am Pazifismus nicht länger Teil der Ideologie und des Erscheinungsbilds der Grünen ist, so doch nur deshalb, weil es in Konflikt mit den Menschenrechten geriet, die zu schützen sich die Grünen ebenso verpflichtet fühlen. Die Grünen werden weiterhin Präventivkriege, willkürliche Kriege und Kriege für die Durchsetzung nationaler Interessen ablehnen – und zwar aus Überzeugung, dass solche Kriege als politische Strategie ineffektiv sind und jedem humanitären Denken zuwiderlaufen. In gewisser Hinsicht aber ist der Pazifismus der Grünen überflüssig geworden, weil durch Deutschlands tiefsitzende Abneigung gegen Krieg dieser Pazifismus von der Gesellschaft und der Kultur längst vereinahmt worden ist. So, wie es nichts spezifisch Grünes in der Liebe zur Natur mehr gibt, so gibt es in der gesellschaftlichen Wertschätzung für zivile Konfliktlösungen nur noch wenig grünen Anteil. Der Pazifismus ist in der deutschen Demokratie nicht mehr umstritten. Ein breiter Konsens feiert ihn als den großen Beitrag Deutschlands zur europäischen Zivilisation und Kultur (nach dem Ende der Nazizeit). Gleichzeitig bietet er bedauerlicherweise den Deutschen ein moralisches Podest, von dem sie andere – insbesondere Amerikaner und

Israelis, aber auch andere kriegführende Staaten – oft arrogant und selbstlobend dafür tadeln können, weniger edlen Werten zu folgen. Geschichtlich bedingt, muss es besonderer Balsam für die deutsche Seele sein, sich gerade Amerikanern und Israelis (sprich Juden) moralisch überlegen zu fühlen und jede Gelegenheit zu ergreifen, der Welt und sich selbst dies kundzutun.<sup>77</sup> Auch das sollte hier nicht verschwiegen werden.

### **Basisdemokratie**

In ihren frühen Jahren verstand sich die Partei der Grünen als parlamentarische Vertretung und als politischer Arm der neuen sozialen Bewegungen und darüber hinaus des Milieus der Neuen Linken. Noch wichtiger war aber vielleicht die Tatsache, dass auch – ungeachtet der Selbstbeschreibung und des Selbstverständnisses der Grünen – die deutsche Gesellschaft sie so sah. Ein integraler Bestandteil des Milieus, das in den späten 1960er Jahren in praktisch allen entwickelten Industriegesellschaften auf der politischen Bühne aufgetaucht war, war das Credo, dass die »neue« Politik nicht nur die Einführung radikal neuer Inhalte bedeutete, sondern dass diese inhaltsleer und bedeutungslos sein würden ohne einen gleichzeitigen, ebenso radikalen Wandel in der Form. Im Kern ging es um partizipatorische Demokratie, nach der alle Politik von einem Kollektiv Gleichberechtigter betrieben wird und in der der Wille aller niemals von einer arroganten Machelite usurpiert werden kann. Diese Überzeugung radikaler Demokratie war eher den verschiedenen Strömungen des Anarchismus als denen des Sozialismus verpflichtet.

Die Grünen rühmten sich, diese Art partizipatorischer Demokratie zu verkörpern, weil sie die »Graswurzeldemokratie« propagierten oder – wie sie es nannten – die »Basisdemokratie«; und sie verliehen dieser Idee einen ebenso

hohen Wert wie der Ökologie, den Frauenrechten und dem Pazifismus. Ja, das Wort Basisdemokratie wurde tatsächlich zu einem regelrechten »Zauberwort« der frühen grünen Ideologie und Identität.<sup>78</sup>

Dem entsprechend versuchten die Grünen nach besten Kräften die Etablierung jeglicher Art innerparteilicher Hierarchie zu vermeiden. Darum stellte die Partei einige Regeln auf, von denen jede einzelne explizit die Basisdemokratie stärken und die Herausbildung und Dominanz sich festsetzender Eliten verhindern sollte. So waren zum Beispiel die Spitzenpositionen der Partei ursprünglich Ehrenämter ohne jegliche Vergütung. »Jeder sollte zwar für die Politik leben dürfen, niemand aber von der Politik.«<sup>79</sup>

Auch wenn diese Haltung in einem berechtigten und tief sitzenden Misstrauen gegenüber dem inhärenten Elitismus und der undemokratischen Natur von Berufspolitik wurzelte, zeitigte sie offenkundige Folgen, die ihrerseits elitär und undemokratisch waren. Indem die Spitzenpositionen in der Partei unbezahlte Ämter waren,<sup>80</sup> sorgte die Partei praktisch dafür, dass diese Positionen nicht von Menschen besetzt werden konnten, die für ihren Lebensunterhalt arbeiten mussten und schufen so eine andere Art Hemmnis für eine wirklich demokratische Ordnung.<sup>81</sup> Zu jener Zeit waren Parteiversammlungen sehr langwierige Angelegenheiten, da jeder oder jede so lange reden konnte, wie er oder sie wollte. Die Demokratie in ihrer reinen und das heißt: nicht repräsentativen Form erwies sich nicht nur als mühselig und kompliziert, sondern auch als immens zeitraubend. Natürlich wurden einige dieser Praktiken durch die institutionellen Grenzen und Zwänge bald abgeschwächt. Nichts schränkte diese anfangs so radikalen Verfahren so sehr ein wie die Parlamente mit ihren strikten Regeln, Verfahren, Statuten und unausgesprochenen Übereinkünften.

Ein Teil des größeren Zusammenhangs jeder Graswurzeldemokratie und ganz gewiss der radikalen Basisdemokratie der Grünen schließt a priori eine Geringschätzung des Phänomens Macht ein. Diese Abneigung fußt auf Furcht und Verdacht, weil die Macht eine inhärente Bedrohung für die öffentliche Teilhabe und den Willen des Volkes darstellen soll. Daher lehnen radikale Demokraten jede Macht ab, vor allem aber die herkömmliche Form politischer Macht wegen ihres inhärenten Hangs zum Elitismus, zur Exklusivität, zur Geheimhaltung und Verschwiegenheit und natürlich wegen ihres drogenähnlichen Suchtpotentials, da Macht immer nach noch mehr Macht verlange. Deshalb fühlten sich die Grünen mit ihren ersten Wahlerfolgen alles andere als wohl. Vielleicht vorausahnend, fürchteten sie, dass diese Erfolge sie näher an die wirkliche Macht heranbrächten; und dies würde einen unumgänglichen, zersetzenden und korrumpierenden Einfluss auf ihre Existenzweise und ihren Auftrag als Partei und Bewegung haben, obwohl sie doch eine Alternative zum Status quo und zum Establishment sein wollten.

Petra Kelly brachte diese Furcht nach den ersten grünen Wahlerfolgen auf vielsagende Weise zum Ausdruck: »Manchmal habe ich Angst, dass die Grünen plötzlich 13 Prozent bei einer Wahl bekommen und sich zu einer Machterwerbspartei wandeln. Es wäre besser für uns, wenn wir bei 6 oder 7 Prozent blieben und in unseren Grundforderungen unnachgiebig bleiben. Besser so, als dass es grüne Minister gibt.«<sup>82</sup>

Eine solche Aussage seitens einer führenden Politikerin wird man schwerlich bei irgendeiner anderen Partei der Bundesrepublik oder überhaupt in irgendeiner anderen liberalen Demokratie finden (und natürlich heute auch nicht mehr bei den Grünen). Im Normalfall jubeln die Parteiliten, wenn Wähler sie bei Wahlen mit unerwartet hohen Stimmenzuwächsen belohnen. Tatsächlich äußert die Mehrzahl von ihnen dann eher die Hoffnung, in den folgenden Wahlen

noch stärker zu werden, statt Furcht und Skepsis gegenüber den möglichen Übeln auszudrücken, die mit den schon errungenen Wahlerfolgen verbunden sein könnten. Aber wieder einmal muss gesagt werden, dass die Grünen in den frühen und mittleren 1980er Jahren keine normale Partei waren. Für eine aus einem Milieu stammende Partei, für das das Kleine besser war als das Große – man denke an den Slogan »small is beautiful«, der in einem Zeitgeist und einem Umfeld geprägt wurde, für das die Grünen geradezu prototypisch standen –, stellte der Gedanke, eine große und ganz normale Partei zu werden, in der Tat eine Bedrohung des Identitätskerns dar, der die Grünen zur damaligen Zeit ausmachte.

Aus Gründen, die zu erörtern über den Rahmen dieses Essays hinausgeht, haben sich die Grünen entschlossen, weiter den parlamentarischen Weg zu gehen, trotz der Bedenken vieler Mitglieder der damaligen Partei.<sup>83</sup> Aber den Wandel zu vollziehen von der ursprünglichen Antiparteipartei, also einer Protest- und Nischenpartei, zu einer Partei, die bereit war, eine Koalition mit den Großen einzugehen und Regierungsarbeit zu leisten (und damit das wurde, was die Deutschen »koalitionsfähig« nennen), dazu brauchte es mehr als nur einen innerparteilichen Kampf zwischen denen, die den parlamentsorientierten und damit parteidominierten Weg weitergehen wollten, und ihren Kontrahenten, die fürchteten, dass dieser Weg die grüne Seele verkaufen würde, und deshalb die Rolle der Partei in der Verankerung innerhalb einer Bewegung sahen, deren Identitätskern außerhalb solcher etablierter Institutionen wie Parlamente und Regierungen lag.

In Ergänzung des letztlich deutlichen und entscheidenden programmatischen Sieges für eine mehr oder weniger normale parlamentarische Politik bedurften auch die inter-

nen Regeln und Strukturen der Partei einer deutlichen Modernisierung gegenüber den Anfängen; erst danach konnten die Grünen wirklich ins politische Establishment eintreten.

Zu Beginn herrschte sowohl unter den Mitgliedern wie in der Führung der Partei eine fundamentale Opposition gegen jede Regierungsteilnahme. Dieser ideologische Maximalismus betrachtete jeden Kompromiss mit dem »System« als unerwünscht, unabhängig davon, ob er der Partei unmittelbare Vorteile gebracht hätte. Als sich die Ideologie und die internen Praktiken der Grünen von solchen maximalistischen Tendenzen entfernt hatten, wurden viele der Reformen und der neue Pragmatismus von den ideologischen Puristen, den sogenannten »Fundamentalisten« (oder »Fundis«) weiterhin entschieden bekämpft: Ihre harsche Art »der Argumentation wurde von den Fundamentalisten ins Feld geführt, um beinahe jeden Vorschlag oder Versuch zurückzuweisen, den Einfluss der Grünen zu vergrößern, sei es die Teilnahme an einer Regierungskoalition, die Professionalisierung der Partei, die Ausweitung der Wählerbasis und zahlreiche andere Fragen«. <sup>84</sup>

Mit Ausnahme der noch immer bestehenden Frauenquote, sind die meisten der innerparteilichen Regeln und Praktiken aus den seligen Zeiten der westdeutschen Grünen, die die innerparteiliche Demokratie stärken und den Elitismus und das Kleben an der Macht verhindern sollten, entweder ganz abgeschafft oder aber verwässert worden. Zu solchen Regeln und Praktiken gehörten: die *Trennung von Amt und Mandat*; die zwingende Kongruenz von Parteibeschlüssen und Abstimmungsverhalten im Parlament, also das sogenannte *imperative Mandat*; und das *Rotationsprinzip*, eine strikte zeitliche Begrenzung, nach der eine Abgeordnete oder ein Abgeordneter der Grünen ihr oder sein Mandat nicht länger als zwei Jahre wahrnehmen durfte und dann

einer anderen Person Platz machen musste, die auf der Nachrückerliste stand.<sup>85</sup>

Die Trennung von Parteifunktion und Parlamentsmitgliedschaft, sprich: die *Trennung von Amt und Mandat*, ist eines der ersten und obersten Prinzipien, die die Partei der Grünen anwandte, um die strukturell undemokratische, jedoch weit verbreitete Praxis der Ämterhäufung zu vermeiden, die sämtliche parlamentarische Systeme Europas kennzeichnet. Man denke beispielsweise nur daran, dass praktisch jedes französische Kabinettsmitglied nicht nur ein großes Tier in der eigenen Partei ist und dort eine wichtige Position besetzt hält, sondern dass er oder sie auch noch verschiedene andere regionale Ämter innehat wie Bürgermeister oder Bürgermeisterin oder ähnliches. Die These wäre in der Tat nicht falsch, dass die Verbindung zwischen beidem die eigentliche Grundlage der konventionellen Politik in den liberalen Demokratien ist, weil schließlich in der Regel der Führer der Exekutive quasi vom Parteiführer mit der größten Zahl an Parlamentssitzen ausgestattet wird. Und da könnte es besser sein, beide wichtige Positionen in einer Person zu vereinen. Letztendlich entsteht so aber eine Ämterhäufung, die die parlamentarische Demokratie an einen problematischen Punkt führt.

Die Grünen versuchten, diese Konvention zu durchbrechen, indem kein Parteimitglied mehr als ein Amt auf einmal innehaben durfte. Ihre neue Regel verlangte vor allem, dass grüne Parlamentarier kein Amt innerhalb der Partei bekleiden durften, zum Beispiel als Mitglied des Bundesvorstandes oder eines ähnlich wichtigen Organs.<sup>86</sup> Dieser Schritt sollte der Basis der Partei einen direkteren Zugang zu ihren gewählten Repräsentanten verschaffen, die Macht in der Partei zwischen den einzelnen Führern innerhalb und außerhalb der Parlamente streuen, Ämterhäufung und damit Elitenbil-

dung verhindern und die Herausbildung einer Kaste von sogenannten »Berufspolitikern« unter den Grünen unmöglich machen. Deshalb gab es zum Beispiel 1998 eine riesige Kontroverse über die Frage, ob die frischgebackenen grünen Minister in der Bundesregierung ihre Sitze im Bundestag behalten durften, wie das bei ihren Kollegen aus der SPD selbstverständlich war.<sup>87</sup>

Die innerparteiliche Debatte über diese Frage wurde so unerbittlich geführt, dass sie 2003 in einer sogenannten »Urabstimmung« der Entscheidung der Parteimitglieder überlassen wurde, die erst die zweite Urabstimmung in der Geschichte der Partei der Grünen war.<sup>88</sup> Nach der Abstimmung, an der beinahe 25.000 grüne Parteimitglieder teilnahmen, wurde die bis dahin geltende strikte Trennung von Amt und Mandat aufgehoben.<sup>89</sup> Die neue Regelung legte fest, dass zwei der sechs Mitglieder aus dem Bundesvorstand der Partei ihren Sitz im Bundestag behalten und dennoch weiter in der Parteiführung bleiben durften.<sup>90</sup> Nachdem sie sich dem aufreibenden Geschäft des Regierens unter den strukturellen Zwängen einer modernen liberalen Demokratie unterworfen hatten, machten die Grünen nun auch Zugeständnisse bei ihren ursprünglichen Maßstäben, die ihrem anfänglichen Glauben an den Wert einer radikalen, aber eben nicht liberalen Demokratie entstammten. Die Grünen führten diese Reform aber auch aus dringlicheren und weniger erhabenen Gründen durch: nämlich aufgrund der richtigen Erkenntnis, dass Führungstalent nicht nur ein knappes und kostbares Gut ist, sondern dass eine Partei, die an dem kommunikativen Geschäft Politik beteiligt ist, dieses Talent so umfassend wie möglich nutzen und einsetzen muss.

Die Grünen mussten erkennen, dass Führungstalent – vielleicht ungerechterweise und sicherlich undemokratisch (besonders an frühen grünen Standards gemessen) – eine

Währung ist, die eine Partei weise einsetzen und nicht vergebend sollte.

Das sogenannte *imperative Mandat* sollte dazu dienen, grüne Parlamentsmitglieder gegenüber den Mitgliedern der Partei insgesamt rechenschaftspflichtig zu machen. Diese Regel, entstanden aus der Überzeugung, dass gemeinsame Führung und gemeinsames Handeln immer moralisch höher stehen und demokratischer sind als die der liberalen und bourgeoisen individuellen Spielart, verneinte grundsätzlich die Entscheidungsfreiheit, die jedes Parlamentsmitglied in Bezug auf sein Abstimmungsverhalten besitzt, und ersetzte sie durch eine Regel, die von den grünen Abgeordneten verlangte, ihre Entscheidungsfreiheit zu suspendieren und einzig und allein in Übereinstimmung mit den Beschlüssen der Partei abzustimmen. »Die Abgeordneten wurden also – bildhaft gesprochen – als weisungsgebundene Vertreter der grünen Parteibasis in den Parlamenten betrachtet.«<sup>91</sup>

Dieser Versuch, die Macht und den Einfluss der grünen Mitglieder und der Wählerschaft auf direkte Kosten ihrer Abgeordneten zu stärken – ein Verfahren, das eindeutig den Stellenwert der Basisdemokratie und des Volkswillens in der Partei sowie das tiefe Misstrauen gegen Elitenbildung und Führerschaft bestätigt –, war kontrovers genug, um eine umfangreiche Debatte über seine Verfassungsmäßigkeit auszulösen, weil nach dem Grundgesetz der Bundesrepublik »die Abgeordneten des Deutschen Bundestags nur ihrem Gewissen verpflichtet sind und keiner Weisung unterliegen«. <sup>92</sup> Mit anderen Worten, eine explizit verlangte und von der Partei den Abgeordneten auferlegte Abstimmungsdisziplin, die ihnen ihre Freiheit nimmt, nach eigenem Urteil und eigener Entscheidung abzustimmen, ist nichts weniger als verfassungswidrig (genauso wie in vielen anderen liberalen Demokratien auch). In der alltäglichen Praxis der parlamen-

tarischen Arbeit hat diese Frage allerdings nicht den Stellenwert, den sie in den intellektuellen Debatten einnimmt. Denn man sollte nicht vergessen, dass es in Deutschland wie in anderen parlamentarischen Demokratien auch eine Menge Parteidisziplin gibt, nach der die Abgeordneten bei Abstimmungen treu die Partei- bzw. die Fraktionslinie befolgen. Gleichzeitig gibt es viele Beispiele, in denen das Gewissen eines oder einer Abgeordneten mit den Vorstellungen der eigenen Fraktion kollidiert und zu Differenzen in den Abstimmungspräferenzen führt. Doch letztlich sind solche Abweichungen selten und in allen Parteien, die in parlamentarischen Demokratien operieren, in der Regel auf bestimmte, sehr spezielle Fragen beschränkt; das ist in Präsidialdemokratien anders, denn in denen spielt die Parteidisziplin aufgrund der strikten Trennung von legislativer und exekutiver Macht keine so große Rolle. Deshalb werden in der Praxis die Grenzen zwischen dem verfassungswidrigen imperativen Mandat und der verfassungsgemäßen Parteidisziplin immer verschwimmen.

Trotz der Verfassungskontroverse über das imperative Mandat erwies sich das sogenannte *Rotationsprinzip* der Partei in der Praxis als viel größeres Problem. Ursprünglich aufgestellt, um die Partei der Grünen vor den Gefahren des Berufspolitikertums zu bewahren, verfügte das Rotationsprinzip, dass grüne Parlamentarier ihren Platz nach zwei Jahren<sup>93</sup> für einen Nachrücker räumen mussten.<sup>94</sup> Die Partei erwartete von jedem dieser Kurzzeitabgeordneten, dass er während seiner zweijährigen Amtszeit umfangreich mit seinem Nachrücker oder seiner Nachrückerin zusammenarbeitete, um den Übergang so fließend wie möglich zu machen.<sup>95</sup> Diese Maßnahme der verordneten Zusammenarbeit hatte auch den Hintergedanken, so viele Personen wie möglich am politischen Prozess teilhaben zu lassen.

Aber auch hier kann man ein weiteres Mal – wie bei vielen anderen Maßnahmen der Grünen – den Zusammenprall demokratischer Impulse und partizipatorischer Überzeugungen mit den Zwängen komplexer institutioneller politischer Arbeit sehen. Während das Rotationsprinzip unzweifelhaft den Primat der Basisdemokratie bei der Partei widerspiegelte, hinderte es die Parlamentarier der Grünen daran, ihre Effizienz als Abgeordnete im Bundestag zu maximieren. Die stringenten Einschränkungen durch die Partei schränkten im Bundestag die Herausbildung professioneller Beziehungen zu Abgeordneten anderer Parteien ein und ließen deshalb oft die grünen Parlamentarier isoliert und ohne das Vertrauen der anderen Abgeordneten dastehen.<sup>96</sup>

Auf den Punkt gebracht: Man braucht eine Menge Zeit, um die In- und Externa komplexer Organisationen wie die eines Parlaments zu begreifen. Die meiste Zeit verbraucht natürlich das Erlernen der informellen Codes, der ungeschriebenen Regeln, der alltäglichen Nuancen – kurz gesagt: der Organisationskultur, die alle komplexen Organisationen besitzen. Doch das Erlernen dieser unsichtbaren Medien der Metakommunikation kostet nicht nur Zeit, sondern schafft unvermeidlich auch Wissende und Unwissende, Insider und Outsider, mit anderen Worten: eine Welt, der die Grünen mit ihren basisdemokratischen Impulsen misstrauten und die sie ablehnten.

Die Bundesdelegiertenkonferenz der Grünen – sie umgehen weiterhin den Begriff »Parteitag« – in Neumünster 1991 gab die Richtung für die dann einsetzende Entwicklung vor, in der sie zu einem (beinahe) ganz normalen Teil des politischen Establishments wurden.<sup>97</sup> Er fand nur wenige Monate nach der ersten Wahl im wiedervereinigten Deutschland statt, bei der die Grünen den Einzug in den Bundestag nicht geschafft hatten. Diese Wahlniederlage wurde zu einem

Katalysator für den pragmatischen Wandel der Grünen, so wie es auch bei jeder anderen Partei der Fall gewesen wäre, die bei Wahlen erfolgreich sein will. Die Bundesdelegiertenkonferenz (BdK) in Neumünster veranlasste die Grünen, ihre inneren Verfahren zu straffen. Diese Reformen sind auf der Website der Partei wie folgt zusammengefasst: »Die Sprecher/innen wurden von drei auf zwei begrenzt... Außerdem wurde die politische und organisatorische Geschäftsführung auf zwei Schultern verteilt, die Rotation abgeschafft und der Länderrat als ›kleiner Parteitag‹ eingerichtet.«<sup>98</sup>

Trotz der Verkleinerung der Parteiführung, also der »Sprecher« der Partei – man beachte die sorgfältig gewählte Nomenklatur, die das übliche »Vorsitzender« oder »Präsident« oder jede andere Wortwahl vermeidet, die irgendwie an eine klare Führungsposition erinnern könnte –, von drei auf zwei bleiben die Grünen doch die einzige Partei im Bundestag, die die Führerschaft der Partei nicht in einer einzigen Person konzentriert, sondern auf mehrere Personen verteilt.<sup>99</sup>

Für den dauerhaften Willen der Grünen zu ernsthaften gesellschaftlichen Reformen, die vielleicht nicht länger den Beinamen »radikal« verdienen, aber doch bedeutend sind, scheint uns aber die Regelung zu sein, dass unter den Sprecher/innen wenigstens eine Frau sein muss.

All diese Änderungen näherten die Grünen den Normen des politischen Establishments an, wenngleich die grüne Verpflichtung für eine verstärkte Demokratisierung traditioneller Parteistrukturen beibehalten wurde. Mit der Bundesdelegiertenkonferenz in Neumünster definierten sich die Grünen fortan als »ökologische Reformpartei«, und das Epitheton der »Antiparteienpartei« strichen sie aus dem Programm.<sup>100</sup> Diese Reformen machten die Grünen in Deutschland zu einem möglichen Koalitionspartner und zu einem berechen-

bareren Teilnehmer auf der politischen Bühne, auch wenn die Reformen nicht wenige namhafte Mitglieder zum Austritt bewegten, deren Beiträge im Aufbaujahrzehnt der Partei vielleicht kontrovers bleiben, ihre Verdienste aber nicht bestritten werden können.<sup>101</sup>

# Drei Der Wandel im grünen Erscheinungsbild: ein Zeichen der Anpassung?

Zusätzlich zu den programmatischen und konzeptionellen Veränderungen haben die Partei und ihre Protagonisten einen deutlichen Wandel in Stil und Auftreten vollzogen, der einer Untersuchung wert ist, da er zwar im Erscheinungsbild von einer Anpassung zeugt, die aber die grünen Inhalte nicht in Frage stellt. Das Tragen eines Dreiteilers und einer modischen Krawatte muss in keiner Weise ein Zeugnis dafür sein, dass man sich ans Establishment verkauft und den Enthusiasmus für eine fortschrittliche Politik verloren hat. Die Abgeordneten der Grünen, die im Frühjahr des Jahres 1983 ihre Sitze im Bundestag einnahmen, waren allerdings sowohl in ihren politischen Überzeugungen wie auch in ihrer physischen Erscheinung von den etablierten politischen Parteien weit entfernt. Die Partei wollte eine umfassende Provokation bestehender bürgerlicher Sitten und etablierter Institutionen verkörpern, und sie reichte von ihren politischen Präferenzen bis zu ihrem Haarschnitt und ihrer Kleidung.

Bevor die Mitglieder der grünen Fraktion in den Bundestag einzogen, hatten sie stundenlang debattiert, ob sie alle Blumenarrangements tragen sollten oder ob jeder einzelne frei über die eigenen grünen Accessoires entscheiden durfte. Den Einzug der Grünen in den Bundestag beschrieb *Der Spiegel* in seiner Ausgabe vom 4. April 1983 so: »Als es am Dienstag soweit war, stand jeder hinter etwas anderem; der eine hinter seinem abgestorbenen Tannengrün, Klaus Hecker hinter einem knallgrünen Schlips mit einem Aufkleber gegen die Volkszählung. Gabriele Gottwald, mit 27 Jahren jüngste Abgeordnete im Bundestag, demonstrierte am Busen ›Für das Nicaragua der freien Menschen‹. Fraktionssprecher Otto Schily stand hinter gar nichts: »Ich bringe mich selber mit.«<sup>102</sup>

Der Artikel beschrieb dann weiter die Bedeutung individueller Freiheit und demokratischer Debattenkultur, die den großartigen Ersteinzug dieses neuartigen Kollektivs begleitete.<sup>103</sup>

Die Grünen waren in die erste Liga aufgestiegen und wollten dort nach ihren eigenen Regeln spielen. Das Ereignis insgesamt war emblematisch für die Werte und Praktiken des Widerspruchs, des Protests und des alternativen Bildes von Politik und Leben in der deutschen Gesellschaft, das die Grünen entwarfen und das natürlich ihrem eigenen Leben während der 1970er und frühen 1980er Jahre entsprach.

Der Kleidungsstil der etablierten, d.h. nicht den Grünen angehörenden Abgeordneten des Bundestages in den frühen 1980er Jahren lässt sich am besten als »geschäftsmäßig« beschreiben, und dieses Grundmuster gilt mehr oder weniger bis heute: ein Jackett mit einer dazu passenden Hose oder ein Anzug mit Hemd und Krawatte für Männer; für Frauen ein nicht näher zu beschreibendes konservatives Kleid oder aber ein Kostüm oder ein Hosenanzug. Erst nachdem in den frühen 1980er Jahren die Herausforderung der Kleiderordnung

durch die Grünen und ihr Anstoß für mehr Ungezwungenheit begonnen hatte, sahen wir in den heiligen Hallen des Bundestages auch Kleidung, die man in den Vereinigten Staaten »business casual« nennen würde: also Sakkos, aber keine Krawatte, oder bei Männern sogar ein Cardigan oder ein Sweater statt eines Sakkos.<sup>104</sup>

Aber im Jahr 1983 waren die Abgeordneten der Grünen allein durch ihr Aussehen kinderleicht von denen anderer Parteien zu unterscheiden. Dieter Drabiniok und Gert Jansen zum Beispiel hatten am 29. März 1983 zusammen vermutlich mehr Barthaare als alle anderen Fraktionen im Bundestag, aber bezeichnenderweise auch mehr als die gesamte grüne Fraktion des Jahres 2009. Wer sich Fotos aus den 1980er Jahren anschaut, wird feststellen, dass die grünen Parlamentarier oft handgestrickte Pullover trugen und einem Kleidungsstil anhingen, den man als »Bauernlook« bezeichnen könnte und der natürlich eher eine Weltanschauung beschwor, nämlich die Ablehnung der modernen, urbanen Industriegesellschaft, als dass er etwas mit der Herkunft oder der sozialen Situation seiner Träger zu tun hatte. Es soll nicht unerwähnt bleiben, dass auf vielen Plätzen der grünen Parlamentarier immer wieder Blumen zu finden waren.

Den Wandel in den äußeren Erscheinungsformen kann man am besten an den Veränderungen in der Kleidung von Joschka Fischer über zwei Jahrzehnte deutlich machen – zwei Jahrzehnte einer enorm beeindruckenden öffentlichen Karriere als eine der Führungsfiguren der Grünen in der deutschen und europäischen, ja, sogar der Weltpolitik. Fischer verursachte einen Sturm im Wasserglas, als er bei der Vereidigung zum ersten grünen Minister im hessischen Parlament in Wiesbaden eher legere Kleidung trug: weiße Turnschuhe von Nike, Jeans und ein grau getöntes Sakko, aber keine Krawatte oder Fliege. Fischer wirkte irgendwie deplatziert im scharfen Kontrast zu der Uniformität der dunklen

Anzüge, Krawatten und schwarzen Schuhe der anderen (fast ausschließlich männlichen) Abgeordneten, von denen keiner konventioneller gekleidet war als Holger Börner, der sozialdemokratische Ministerpräsident des Landes Hessen und Fischers unmittelbarer Vorgesetzter im Kabinett. Fischers modische Rebellion trug ihm den Namen »Turnschuhminister« ein. Als Fischer jedoch 1998 deutscher Außenminister wurde, hatte sich sein modisches Empfinden spürbar verändert. Inzwischen trug er sein Haar wesentlich kürzer und modischer frisiert und hatte den Jeans-plus-Sakko-Look gegen einen traditionelleren, aber raffiniert geschnittenen dunklen Anzug mit modischer Krawatte eingetauscht. Fischer gewann auch Geschmack an teuren Uhren, und es gibt Fotos von ihm, auf denen er exklusive Marken wie Rolex und Glashütte trägt,<sup>105</sup> bekannte Hersteller von Luxusuhren in der Schweiz bzw. Deutschland.<sup>106</sup> Nach seinem kostspieligen Geschmack befragt, antwortete Fischer, dass er vor dem Erwerb dieser teuren Uhren »lange gespart habe«.<sup>107</sup>

Als Papst Benedikt XVI. bei einer Rede im Bundestag anlässlich seines Deutschlandbesuches im Jahr 2011 die Grünen und die Umweltbewegung lobte, schrieb der *Spiegel*: »Dieses päpstliche Zertifikat erhebt die Grünen endgültig in den Stand einer Partei, die nicht in der Lage ist, irgendjemanden zu verschrecken oder zu provozieren. Als Protestpartei haben sie ausgedient.«<sup>108</sup> Wir sind nicht sicher, ob sich das in allen Teilen der deutschen Politik so verhält. Aber es kann wenig Zweifel geben, dass unter dem Aspekt der äußeren Erscheinung die Tage von Furcht und Schrecken von 1983 lange vorbei sind.

Auch die Wahlkampfplakate der Grünen haben sich in den letzten dreißig Jahren sehr verändert. Im Jahr 1983 zeigten die Plakate gezeichnete Blumen – als prominenteste die schöne und ikonische Sonnenblume – als Hinweis auf einen bevorstehenden »politischen Frühling«, und einen stilisier-

ten Kaiseradler, wie der eiserne Adler, der im Plenarsaal des Bundestags hing und das offizielle Emblem der Bundesrepublik ist. Schließlich sind Adler entschlossene Jäger, die die Lüfte ohne Konkurrenz beherrschen. In vielen Teilen der Welt sind sie das Symbol staatlicher Autorität. Sie sollen Respekt hervorrufen und Stolz, Macht, Unabhängigkeit und Souveränität symbolisieren. Mit dem Adler der Grünen aus den frühen 1980er Jahren verhielt es sich aber entschieden anders. Das war ein freundlicher, beinahe kuscheliger, auf jeden Fall niedlicher und vielleicht sogar lächelnder und tanzender Adler, in seiner Darstellung eher wie eine Cartoon-Figur und auf jeden Fall unfähig, irgendjemandem irgendwelche Furcht einzuflößen oder Macht zu verleihen.<sup>109</sup>

In einem vollständigen Bruch mit den Konventionen zeigte kein einziges der grünen Plakate irgendwelche Abbildungen von Menschen. Nirgends waren Fotos oder Porträts grüner Kandidaten zu sehen, was ein Grundpfeiler bei den Wahlkampagnen aller anderen Parteien in Deutschland und in ganz Europa war und ist. Die Entscheidung, auf Wahlplakaten nicht das Konterfei grüner Kandidaten zu zeigen, hatte mit der Abneigung gegen Berufspolitiker zu tun und mit der Distanz, die Plakate dieser Art mit ihrer hagiographischen Überhöhung von Einzelnen zwischen Führer und Geführte, Eliten und Massen legen, also Dichotomien, die für die Grünen streng verpönt waren.<sup>110</sup> Tatsächlich blieben Plakate, die das Bild irgendwelcher grüner Politiker zeigten, bis in die Mitte der 1990er-Jahre tabu.<sup>111</sup> Aber danach änderten sich die Dinge auch hier sehr schnell. Im Jahr 1994 wurde Fischer zum Beispiel prominent auf Wahlplakaten gezeigt, wobei er ein weißes Hemd mit gestreiftem Schlips trug und lässig ein Sportjackett über der Schulter hielt.<sup>112</sup> Die Plakate von 1998 und 2002 spiegeln die Änderungen, die schon 1994 zu beobachten waren, wobei wieder Fischer gezeigt wurde, auch zusammen mit Claudia Roth und Renate Künast.<sup>113</sup> Plakate

dieser Art brachten die Wahlkampagnen der Grünen mit den konventionellen Kampagnentaktiken der etablierten Parteien auf eine Linie.

Wie die Wahlplakate der Partei der Grünen, so hat auch das Logo der Bundestagsfraktion eine bemerkenswerte Entwicklung durchlaufen. Sowohl die Logos wie die Plakate der 1980er Jahre sind wesentlich cartoonähnlicher und bunter als die aus den 1990er Jahren und später. Das gegenwärtige Logo der Parlamentsfraktion enthält die ikonische Sonnenblume, die grundlegend mit den Grünen assoziiert wird und ein dauerhaftes Markenzeichen ist, doch die farbenfrohen Regenbögen und Schmetterlinge früherer Logos sind verschwunden und durch ein ordentliches grünes Rechteck ersetzt, das im Kontrast die ausgeprägte weiße Schrift gut wiedergibt, deren Text lautet: »Bündnis 90/Die Grünen. Bundestagsfraktion.«

Da der Habitus der Grünen sich von der ursprünglichen Protest- zu einer fast bürgerlichen Haltung gewandelt hat, hat die Partei an ihrem früheren Platz ein Vakuum hinterlassen. Seit den Landtagswahlen in Berlin 2011 hat sich die Piratenpartei aufgemacht, um genau diese von der früheren »Antiparteienpartei« hinterlassene Lücke zu füllen. Werden wir Zeugen der Heraufkunft neuer Grüner? Werden wir bei den Bundestagswahlen 2013 den Einzug einer neuen unkonventionellen Partei in den Berliner Reichstag erleben, einer Partei, die in Form und Inhalt dem Einzug der Grünen in den Bundestag vor dreißig Jahren ähnelt, damals noch in Bonn?

# Schluss- betrachtungen

Auf einer Bahnfahrt von Prag nach Wien im Juni 2012 saß Andrei Markovits mit einem seiner besten Freunde zusammen, einem grünen Aktivist der ersten Stunde, beschäftigt bei der Heinrich-Böll-Stiftung, ein überaus scharfsinniger Beobachter der deutschen, europäischen und weltweiten Politik, dessen Einschätzungen Markovits im Laufe ihrer langen Freundschaft enorm zu schätzen gelernt hat. An einer Stelle fragte Markovits ihn nach seiner Einschätzung der Rolle der Piraten in der deutschen Politik. Die Antwort kam sofort und war eindeutig: schlecht organisiert, unreif, unklare Ziele, chaotisch, vereinfachend in ihren Ansichten, holzschnittartig in ihren Theorien, meilenweit von ihren Zielen entfernt. Als Markovits antwortete, dass diese Charakterisierungen der Piraten buchstäblich und wortwörtlich identisch klangen mit denjenigen, die Markovits dreißig Jahre zuvor von manchen Mitgliedern der Sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften über die Grünen gehört hatte, fing

sein Freund zu lachen an und sagte nur: »Touché! Stimmt haargenau!«

Die Reaktionen der Grünen auf diese politischen Newcomer klingen teilweise wirklich sehr nach dem, was das Establishment über den Herausforderer sagt, der Insider über den Outsider und was der Ältere im Gespräch mit dem Jüngeren vorbringt. Könnten die jüngsten und immer noch sehr kurzlebigen Erfolge der Piratenpartei vielleicht wirklich ein Nebenprodukt des anhaltenden und inzwischen gefestigten Erfolgs der Grünen sein? Könnte der Wandel der letztgenannten vom *Enfant terrible* der deutschen Politik zur »ökologischen Reformpartei« den Raum für einen neuen Herausforderer des Status quo eröffnet haben, der irgendwann selbst erfolgreich und dabei etabliert wird? Sind wir in der großen Politik immer nur Zeugen eines Rondos, eines politischen »Reigens«, um das unvergessliche Wort des großen Wiener Dramatikers Arthur Schnitzler zu gebrauchen? Wer kann das wissen? Aber einiges wissen wir mit Sicherheit: *Ers-tens*, dass der Faktor Generation in seiner ganzen Bandbreite in der Politik eine große Rolle spielt. Rein biologisch betrachtet ist die Jugend – sagen wir mal bis zum Alter von 35, genau die Grenze, die früher die Sozialdemokraten weislich zwischen »alten« und »jungen« Parteimitgliedern zogen – eher zu allen Arten von Experimenten im Leben und auch in der Politik bereit; sie befindet sich in einer Situation, in der die Beschäftigung mit Extremen, mit Abweichungen von der Norm und ihren Herausforderungen, normaler ist als im mittleren oder fortgeschrittenen Alter. Es ist einfach eine empirische Realität – wenn auch keineswegs begrifflich oder theoretisch zwingend –, dass junge Leute in den fortgeschrittensten demokratischen Industriestaaten nach dem Zweiten Weltkrieg mehr von der linken Seite des politischen Spektrums angezogen werden als von der rechten. Man erinnere sich, dass dies in der Zwischenkriegszeit ganz anders war, in der

der Faschismus in seinen verschiedenen Spielarten Millionen von Jugendlichen anzog und explizit zu einer Revolte der Jugend stilisiert wurde. Das bedeutet nicht, dass die Jugend in diesen Ländern in der Nachkriegszeit gegenüber rechter Politik völlig immun wäre: Man denke nur an den Fußballhooliganismus, den Hang junger Leute – überwiegend, wenn auch nicht durchgängig Männer – zu verschiedenen Neonazi- und extrem rechten Bewegungen und Organisationen in Deutschland wie in anderen europäischen Ländern. Doch in Bezug auf die vorherrschenden ethischen Werte und politischen Orientierungen, die die Mehrheit der 18- bis 35-jährigen in Europa, Nordamerika und ähnlichen Gesellschaften in der Nachkriegsära bewegten, ist es durchaus richtig, sie als »links von der Mitte« zu bezeichnen. Die Linksorientierung dieser Jugendlichen nahm mit Umfang und Qualität der Ausbildung deutlich zu. Auf diese Art und Weise wurden die Universitäten, die vom späten 19. Jahrhundert bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs, vielleicht sogar bis in die frühen 1960er Jahre, genau genommen bis zum Beginn jener Ära, die die Grünen hervorbrachte, in Deutschland und Österreich Hochburgen der rechten Reaktion und des Faschismus gewesen waren, nun zu Orten des Protests und der Herausforderungen für die bestehenden Orthodoxien des Kapitalismus wie auch der konventionellen linken Bewegung, repräsentiert durch Sozialdemokratie und Kommunismus. Schließlich ist es kein Zufall, dass die Grünen in Deutschland besonders in Universitätsstädten stark wurden und dass ihre funktionalen Entsprechungen in anderen Ländern, etwa den Vereinigten Staaten, in genau demselben Umfeld gediehen.

So auch in Ann Arbor, unserer eigenen Universitätsstadt. Sie war am 15. Juni 1962 Geburtsstätte der berühmten Port-Huron-Erklärung, hauptsächlich verfasst von Tom Hayden, Mitglied der berühmten »Chicago Seven«, späterer Kongressabgeordneter des Staates Kalifornien, damals aber

Mitbegründer des Students for a Democratic Society (SDS), dem amerikanischen Pendant des deutschen SDS. Die Port-Huron-Erklärung ist das Gründungsdokument der Neuen Linken, und sie entstand an der University of Michigan, einer riesigen und prestigebeladenen Universität in einer kleinen, aber progressiven Universitätsstadt. Es überrascht daher nicht, dass sich Ann Arbor Tübingen als Partnerstadt in Deutschland gewählt hat. Beide Städte und Universitäten verbinden enge Beziehungen auf vielerlei Ebenen, die sie mit Leidenschaft und viel Erfolg nach wie vor pflegen.

Wäre das politische System der USA mit dem Kontinentaleuropas, speziell Deutschlands, vergleichbar, könnten wir mit ziemlicher Sicherheit behaupten, dass auch Ann Arbor einen Stadtrat mit 30 Prozent Grünen darin hätte. In der Realität macht es die fast alles Progressive vereinnahmende Natur der Demokratischen Partei in den USA zu einer unumgänglichen Erfordernis, dass das amerikanische Äquivalent der deutschen Grünen innerhalb dieser Partei arbeitet. Und genau dieser Flügel der Demokratischen Partei hat auch schon über Jahrzehnte eine hegemoniale Stellung in der Lokalpolitik von Ann Arbor inne.

*Zweitens* wissen wir auch, dass zusätzlich zum Alter und zur Stärke, die einer Generation ihren gesellschaftlichen und politischen Einfluss sichern, die gemeinsamen Erfahrungen mindestens ebenso einflussreich sind, wenn nicht noch einflussreicher. Karl Mannheims hervorragende Schriften haben deutlich gezeigt, dass bestimmte Ereignisse, die Menschen gemeinsam und zeitgleich erleben, sie für den Rest des Lebens zusammenschweißen. Je bedeutender solche Ereignisse sind, desto enger ist das Band, das eine bestimmte Generationserfahrung knüpft. Und wenige Erfahrungen haben eine größere Generationsgemeinsamkeit geschaffen als die Ereignisse der späten 1960er Jahre. Man denke nur

daran, dass diese Ära einer ganzen Generation in wenigstens drei Sprachen, vielleicht aber noch in vielen mehr, ihren Namen gegeben hat: »Achtundsechziger«, »Soixantehuitards«, »Sixtyeighter«! Und es ist genau diese Generationserfahrung, die die Grundlage für die politische Formation gelegt hat, die man die Grünen nennt.

*Drittens* scheint es, dass Maurice Duvergers These von der »Ansteckung durch die Linke« zutrifft, betrachtet man den immensen Einfluss der Grünen auf die deutsche Gesellschaft und Kultur der letzten drei Jahrzehnte. Zwar schrieb er über eine ganz andere Epoche – nämlich die 1950er und 1960er Jahre – und begrenzte sein Argument auf die Organisation bzw. den Aufbau politischer Parteien in fortgeschrittenen, demokratischen Industriegesellschaften, die, so Duverger, den Aufstieg moderner Massenparteien vor allem von links erlebten. Auf diese mussten die Parteien der Mitte und der Rechten reagieren, um auf dem politischen Markt konkurrenzfähig zu bleiben; sie taten dies, indem sie ihre eigenen Parteistrukturen denen der linken Parteien anglichen. Duverger sah diese Ansteckung aber auch bei den Themen, da die Linke Themen auf die politische Tagesordnung setzte, die die anderen Parteien zu dem zwangen, was die Deutschen so zutreffend als »Themenklau« bezeichnen. (Man erinnere sich, dass Nachahmung auch in diesem Fall die höchste Form des Kompliments ist.)

Ohne Zweifel hat bezüglich der politischen Agenda die Ansteckung durch die Grünen praktisch jede Facette der deutschen Politik in den letzten dreißig Jahren mitbestimmt. Ganze Themenfelder verdanken ihren Ursprung den Grünen. Wie hier skizziert wurde, war dies nirgends deutlicher als auf den vier Themenfeldern, die den Kern der grünen Identität ausmachen: Ökologie, Frauen, Frieden, Basisdemokratie. In der Tat ist es nicht zu weit hergeholt zu sagen, dass diese Themen heute das Zentrum dessen ausmachen, was »links«

ist. Entlang dieser Achsen wird Linkssein diskutiert, konstruiert und gelebt.

Andrei Markovits war deshalb zwar einerseits sehr glücklich, dass sein Buch *The German Left: Red, Green and Beyond* ins Deutsche übersetzt wurde, andererseits aber nicht so glücklich, dass dies unter dem Titel *Grün schlägt Rot* geschah, weil viele dies nur in Bezug auf den Bereich Wahlen interpretieren würden, was falsch wäre, trotz bemerkenswerter Erfolge auf lokaler Ebene und des schon erwähnten Erfolgs im Land Baden-Württemberg. Auf der anderen Seite war er sehr glücklich, weil der deutsche Titel auf sublimen Weise das Wesen und den Kern seiner Grundthese wiedergab: dass in Bezug auf die zentralen Themen und Schlüsselidentitäten und in der Definition dessen, was »Links-sein« in Deutschland und vergleichbaren Gesellschaften in den letzten drei Jahrzehnten bedeutete, die Grünen den Roten ganz klar überlegen waren. Das heißt nicht, dass zentrale Themen der Roten unwichtig geworden wären oder dass die Übel, die sie aufs Tapet gebracht haben, überwunden sind – ganz im Gegenteil. Es bedeutet nur Folgendes:

Wegen ihrer dauerhaften Aktualität, ihrer besonderen Form und ihres innovativen Inhalts haben die Kernthemen der Grünen größere Aufmerksamkeit erfahren und größere Bedeutung zugemessen bekommen als die der konventionellen, altlinken Parteien.

Haben die Grünen ihre wichtigsten Ziele erreicht? Nicht im Entferntesten! Haben Sie das Recht, einige Erfolge auf diesen Feldern zu feiern? Absolut! Schließlich bleiben die Erfolge der Grünen als Themensetzer unbestritten. Alle oben genannten vier Begriffe sind in den politischen Jargon Deutschlands eingegangen.

Zu guter Letzt: In einer politischen Kultur, wo Farben eine politische Bedeutung haben, die unübertroffen ist und nirgendwo sonst in vergleichbaren Ländern Parallelen findet

(mit Ausnahme Österreichs, das Teil der deutschsprachigen politischen Tradition ist); an einem Ort, wo Farben im politischen Diskurs einzigartige ikonische Eigenschaften erlangt haben, die buchstäblich jeder erkennt und kennt – man denke an die Schwarzen, die Roten, die Gelben, die Braunen –, sind die Grünen die einzigen, deren Farbe im heutigen globalen Diskurs eine Klarheit hat, an die keiner der anderen politischen Akteure auch nur heranreicht. Anders gesagt: Wenn Markovits rund um die Welt über deutsche Politik Vorlesungen hält, auch vor seinen jungen Studenten, die zum ersten Mal einen Kurs über europäische Politik an seiner University of Michigan belegen, würden seine Hörer komplett abschalten, wenn er über die Schwarzen oder die Braunen oder die Gelben, sogar über die Roten sprechen würde, um die deutschen Parteien, Ideologien, Politikansätze und Werte zu beschreiben. Denn niemand würde begreifen, was diese Farben symbolisieren und bedeuten. Mit den Grünen ist das hingegen anders. Seine Erstsemester oder die Hörer überall sonst in Amerika und im Ausland wissen wahrscheinlich nichts über »Fundis« und »Realos«; höchstwahrscheinlich könnten sie keinen einzigen grünen Politiker nennen, nicht einmal Joschka Fischer, oder die Zahl der Bundestagsmandate. Aber alle wissen doch, was die Farbe Grün weit über die deutschen Grünen und über Deutschland hinaus bedeutet; sie wissen, dass sie für Nachhaltigkeit steht und für den Schutz der Umwelt, für biologische Landwirtschaft, für die Erhaltung der Erde, für den freundlichen Umgang mit Tieren und für Humanität.

Und das ist genau der Punkt: Obwohl die Partei und die Bewegungsgeschichte der deutschen Grünen nur Spezialisten weltweit bekannt und daher von begrenzter Wichtigkeit ist, ist die Farbe Grün unter den vielen politischen Farben der deutschen Politik die einzige, die wirklich international, also weit über die Grenzen Deutschlands hinaus bekannt ist.

Diese Farbe hat heute eine internationale Präsenz und Wiedererkennbarkeit erlangt, die die Farbe Rot bis in die späten 1960er Jahre noch hatte, aber im Laufe der letzten Jahrzehnte einbüßte. Grün hingegen ist das neue Symbol für Progressivität, also das Wissen und das Gefühl, an der Spitze neuer Ideen und Debatten um unsere Zukunft zu stehen. Mehr noch: Die Farbe Grün ist im großen Maße weltweit mit positiven Konnotationen und Assoziationen verbunden, was bei Rot so nie der Fall war. Grün ist schlicht cool. Die Werte, die diese Farbe vermittelt, reichen weltweit über die Grenzen der Politik hinaus und haben auch eine erkennbare Präsenz in Wirtschaft, Kultur und – am wichtigsten – im Alltagsleben vieler Millionen Menschen erlangt. Gerade den deutschen Grünen gebührt in diesem weltweiten Phänomen ein zentraler Platz. Sie können sich ohne weiteres als *Primus inter Pares* dieser historischen Entwicklung rühmen.

Ohne Zweifel hat die schiere Existenz der grünen Bewegung in den letzten dreißig Jahren einen massiven Einfluss auf die erstaunlichen Veränderungen im gesellschaftlichen Bewusstsein und Gewissen Deutschlands gehabt.

Da nimmt es nicht wunder, dass die deutschen Grünen so etwas wie ein *Pars pro Toto* geworden sind. Wenn man irgendwo auf der Welt über ein grünes Thema nachdenkt, dann kommen einem irgendwann die deutschen Grünen in den Sinn (genau so, wie man bei Sozialdemokratie an Schweden denkt oder bei Konservatismus an die Tories Großbritanniens).

Kann es für den immensen Erfolg einer Marke einen besseren Beleg und ein größeres Lob geben?

## Die Autoren

**Andrei S. Markovits**, 1948 in Temeswar (Rumänien) als einziges Kind ungarischsprachiger jüdischer Eltern geboren, in Wien und New York aufgewachsen, ist Politikwissenschaftler und Soziologe an der University of Michigan in Ann Arbor (USA), wo er zwei »Name-Professorships« innehat. Seine zahlreichen Arbeiten zu Gewerkschaften, Sozialdemokratie, neue soziale Bewegungen, Antisemitismus, Anti-Amerikanismus, deutsch-jüdische Beziehungen, den Grünen, vergleichende Sportkulturen u.a. sind in 15 Sprachen, darunter auch auf Deutsch, erschienen. Er unterrichtete und war Gastvortragender an zahlreichen deutschen Universitäten, von denen ihm die Leuphana Universität Lüneburg im Jahr 2007 einen Ehrendoktor verlieh. Im März 2012 erhielt er für seine akademischen Verdienste das Bundesverdienstkreuz erster Klasse der Bundesrepublik Deutschland.

**Joseph Klaver** erhielt seinen Bachelor of Arts von der University of Michigan im Mai 2012. Seine zwei thematischen Schwerpunkte sind Politikwissenschaft und German Studies, in deren Seminare er Andrei S. Markovits als Lehrer hatte.

## Anmerkungen

### Einführung

- 1 In diesem Text werden wir von den »Grünen« sprechen (einem, nebenbei, zu Beginn recht bunten Haufen, der von Konservativen bis zu Kommunisten reichte, aber trotzdem den »Neuen Linken« zugeschlagen werden muss). Auch wenn in unserem Text in den meisten Fällen jene Partei gemeint ist, die heute offiziell Bündnis 90/Die Grünen heißt, so bleiben wir doch bei dem einfachen »Grünen«. Wir werden sie also auch so nennen, wenn wir über die Partei »Die Grünen« sprechen, bevor diese sich 1993 mit dem Bündnis 90 zusamm tat. Wir vertrauen darauf, dass unsere Leser in jedem einzelnen Fall erkennen können, was wir mit den »Grünen« meinen. Wir sind sicher, dass unser umfassender Gebrauch dieses Begriffs den Leser nicht am differenzierten Verständnis der jeweiligen Passage und des gesamten Textes hindern wird.
- 2 Andrei S. Markovits hat damals in der Bad Godesberger Stadthalle mit den Grünen gefeiert, so wie er auch 1987 in der Bonner Biskuthalle war, um ihren Wiedereinzug in den Bundestag knapp vier Jahre danach mit ihnen zu feiern. Joseph Klaver war zum Zeitpunkt dieser beiden bedeutsamen Ereignisse noch nicht auf der Welt.

### Eins – Die grünen in Zahlen

- 3 Markovits, Andrei S./Gorski, Philip S.: *The German Left: Red, Green and Beyond*. New York: Oxford University Press, 1993.
- 4 Dieses außergewöhnliche Resultat war die Folge einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, einmalig für die Wahl 1990 die landesweite Fünfprozenthürde zu suspendieren; stattdessen mussten die Parteien in einem der beiden Landesteile Ost oder West mindestens 5 Prozent der Stimmen erhalten.
- 5 Markovits/Gorski, a.a.O.
- 6 Tiesenhausen, Friederike von: »Die Grünen sind keine Volkspartei«, *Financial Times Deutschland*, <http://www.ftd.de/politik/deutschland/erster-gruener-ministerpraesident-die-gruenen-sind-keine-volkspartei/60032311.html>
- 7 Ebd.
- 8 Blühdorn, I./Krause, F./Scharf, T.: »The Green Agenda. Environmental Politics and Policy in Germany«, opus.hath.ac.uk (1995), S.24f.

## Anmerkungen

- 9 Cohen, J. L./Arato, A.: »The German Green Party. A Movement between Fundamentalism and Modernism«, *Dissent* 31.3 (1984), S.327-32.
- 10 Gedreht 1944, ist dieser Film trotz seiner Entstehung in der Nazizeit bis heute populär. Man sieht ihn traditionell im Winter, wobei die Kinobesucher Glühwein oder Feuerzangenbowle trinken.
- 11 Bündnis 90/Die Grünen, Ortsverband Washington: »Über uns.« 27.7.2012, <http://gruene-washington.de/ueber-uns/>
- 12 Ebd.
- 13 An dieser Stelle ein Geständnis: Markovits hat von der Großzügigkeit der Heinrich-Böll-Stiftung über viele Jahre profitiert und ist unaussprechlich dankbar dafür.
- 14 Barzel, Dr. Rainer: »Bekanntmachung von Rechenschaftsberichten 1983 der politischen Parteien«, 10/2172 (1984), S.10f.
- 15 Deutscher Bundestag, »Bekanntmachung von Rechenschaftsberichten der politischen Parteien für das Kalenderjahr 1998 (1.Teil: Bundestagsparteien)« (1999): S. 84f.
- 16 Deutscher Bundestag, »Bekanntmachung von Rechenschaftsberichten politischer Parteien für das Kalenderjahr 2010 (1.Teil: Bundestagsparteien)« (2012): S.133f.
- 17 Barzel, a.a.O.
- 18 Deutscher Bundestag, 2012, a.a.O.

### Zwei – Die vier Säulen der grünen Identität

- 19 Auch von Markovits und Gorski, a.a.O.
- 20 Ebd., S.27.
- 21 Der Bundestag: »Vereinbarung zwischen der Bundesregierung und den Energieunternehmen vom 14. Juni 2000«, eingesehen am 27.7.2012 unter <http://www.bmu.de/files/pdfs/allgemein/application/pdf/atomkonsens.pdf>
- 22 Bundestag.de: »Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken«, 2010, eingesehen am 27.7.2012.
- 23 Deutschländer, Christian: »CSU bekommt Öko-Konzept«, *merkur-online.de* vom 18.6.2010, eingesehen am 27.7.2012.
- 24 Dehmer, Dagmar: »CSU und FDP streiten über Genmais«, *tagesspiegel.de* vom 8.10.2009, eingesehen am 27.7.2012.
- 25 Spiegel-Online: »Grüne wehren sich gegen Themenklau«, *spiegel.de* vom 12.8.2009, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/wahlkampf-gruene-wehren-sich-gegen-themenklau-a-641993.html>, eingesehen am 27.7.2012.

- 26 Fischer, Sebastian/Wittrock, Philipp: »Die neue Anti-AKW-Bewegung«, spiegel.de vom 15.3.2011, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/schwarzgelbe-atomwende-die-neue-anti-akw-bewegung-a-751078.html>, eingesehen am 27.7.2012.
- 27 Ebd.
- 28 König, Jens »Wie grün wird Deutschland noch?«, stern.de vom 6.4.2011, eingesehen am 8.5.2012 unter <http://stern.de/politik/deutschland/umfragehoch-fuer-trittin-co-wie-gruen-wird-deutschland-noch-1671492.html>
- 29 Tiesenhausen, a.a.O.
- 30 dw.de.: »Grüne feiern historischen Erfolg«, dw.de vom 28.3.2011, eingesehen am 27.7.2012 unter <http://www.dew.de/dw/article/=14946766.00.html>
- 31 Ebd.
- 32 Ebd.
- 33 klimaretter.info »Über uns«, eingesehen am 27.7.2012 unter [www.klima-luegendetektor.de/about](http://www.klima-luegendetektor.de/about).
- 34 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: »Mütter des Grundgesetzes«, 2011. Eingesehen am 28.7.2012 unter [www.hs-wismar.de](http://www.hs-wismar.de)
- 35 Ebd.
- 36 Feldkamp, M. F./Sommer, C.: Parlaments- und Wahlstatistik des Deutschen Bundestages: 1949-2002/03. Dt. Bundestag, Referat Öffentlichkeitsarbeit, 2003, S.16.
- 37 Rothe-Beinlich, Astrid: »Meilensteine der Frauenbewegung«, 3. März 2011., eingesehen am 28.7.2012 unter <http://www.gruene.de/themen/frauenpolitik/meilensteine-der-frauenbewegung.html>
- 38 Feldkamp/Sommer, a.a.O., S. 16.
- 39 Sopacua, Nathalie: »Liberale Frauen drängen jetzt auf parteiinterne Quote«, 20.2.2011, eingesehen am 28.7.2012 unter [http://www.frauenrat.de/deutsch/infopool/informationen/onformationdetail/jahres\\_archiv/2012/auch-liberale-frauen-draengen-jetzt-auf-parteiinterne-quote/Parteien.html](http://www.frauenrat.de/deutsch/infopool/informationen/onformationdetail/jahres_archiv/2012/auch-liberale-frauen-draengen-jetzt-auf-parteiinterne-quote/Parteien.html)
- 40 Almstedt, Jan: »CSU entdeckt Frauenquote«, 5.10.2010, spd.de, eingesehen am 30.7.2012 unter [http://www.spd.de/aktuelles/news/4280/20101005\\_csu\\_quote.html](http://www.spd.de/aktuelles/news/4280/20101005_csu_quote.html)
- 41 Feldkamp/Sommer, a.a.O., S.16.
- 42 Cornelißen, W.: »Gender-Datenreport«. Kommentierter Datenreport zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der Bundesrepublik Deutschland. Erstellt im Auftrag des BMFSJ durch das Deutsche Jugendinstitut e.V. in Zusammenarbeit mit dem Statistischen Bundesamt, DJI (2005), S.370.
- 43 telekom.com. »Frauenquote: Mehr Frauen an die Spitze«, 2012, eingesehen am 30.7.2012 unter <http://www.telekom.com/konzern/mitarbeiter/diversity-frauenquote/5186>

## Anmerkungen

- 44 Igr/AFP/Reuters: »Ver.di-Vorstand räumt Posten für eine Frau«, 1.3.2011, eingesehen am 30.7.2012 unter <http://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/frauenquote-im-management-ver-di-vorstand-rauert-posten-fuer-eine-frau-a-748375-druck.html>
- 45 Es würde den Rahmen dieses Textes sprengen, um zu erörtern, wie und warum die Institutionen der alten Linken häufig die bürgerliche Kultur nicht nur akzeptierten, sondern geradezu in ihr schwelgten (inklusive ihrer unterdrückerischen und beengenden Dimensionen). Man denke nur daran, wie das Publikum sich in den Hauptstädten der früheren kommunistischen Länder in Ost- und Mitteleuropa für Opern- und Theaterbesuche kleidete und wie viel ordentlicher, spießiger und bürgerlicher diese Menschen in ihren dunklen Anzügen und langweiligen Krawatten aussahen als das Publikum im Westen.
- 46 Korte, Karl-Rudolf: »Kandidatenaufstellung (Kreiswahlvorschlag und Landeslisten)«, 20.5.2009, am 30.7.2012 eingesehen unter <http://www.bpb.de/politik/innenpolitik/bundestagswahlen/62551/kandidatenaufstellung>
- 47 Ebd.
- 48 Feldkamp/Sommer, a.a.O., S.16.
- 49 CDU-Bundesgeschäftsstelle: »Das Frauenproblem in der CDU«, 2001, eingesehen am 30.7.2012 unter <http://www.cdu.de/doc/pdfc/071022-broschuere-frauenquorum.pdf>
- 50 Ebd.
- 51 Feldkamp/Sommer, a.a.O., S.16.
- 52 Ebd.
- 53 dpa: »CSU beschließt Frauenquote«, 30.10.2010, [zeit.de.](http://www.zeit.de), eingesehen am 30.7.2012 unter <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2010-10/csu-frauenquote-parteitag>
- 54 Feldkamp/Sommer, a.a.O., S.16.
- 55 Ebd.
- 56 liberale-frauen-de: »Über uns: Wir mischen uns aktiv in die Politik ein!«, eingesehen am 30.7.2012 unter <http://www.liberale-frauen.de/ueber-uns/index.html>
- 57 Klassen, Oliver/Klein, Raimon: »Liberale Chauvis«, [sueddeutsche.de](http://www.sueddeutsche.de) vom 12.1.2012, eingesehen am 30.7.2012 unter <http://www.sueddeutsche.de/politik/2.220/frauen-in-der-fdp-liberale-chauvis-1.1255996>
- 58 Ebd.
- 59 Sopacua, a.a.O.
- 60 Cohen, Roger: »Post-War Pacifism Ends for Germany«, *The New York Times* vom 26.3.1999.
- 61 Rathbun, B.C: »The Myth of German Pacifism«, *German Policies and Society* 24.2. (2006), S.73.

- 62 Cohen, a.a.O.
- 63 Rathbun, a.a.O., S.72.
- 64 Ebd., S.74.
- 65 Ebd., S.75.
- 66 Fischer, Joschka: »Die Katastrophe in Bosnien und die Konsequenzen für unsere Partei Bündnis90/Die Grünen«, 30.7.1995, gruene.de.
- 67 Müller, Kerstin/Roth, Claudia/Trittin, Jürgen/Volmer, Ludger. »Wohin führt die Forderung nach einer militärischen Intervention gegen Völkermord?«, 31.10.1995, gruene.de.
- 68 Ebd.
- 69 Cohen, a.a.O., S.199. Natürlich hatten deutsche Truppen schon vorher an verschiedenen Einsätzen außerhalb Deutschlands teilgenommen. Aber dabei handelte es sich um Rettungseinsätze, Katastrophenhilfe und Versorgungsaktivitäten. Keiner davon war ein Kampfeinsatz.
- 70 Brown, Stephen: »Germany: Abstained on Libya No-Fly Zone Due Risks (sic)«, *Reuters*, 18.3.2011.
- 71 fdp.de: »Friedenspolitik ist die Maxime«, 29.8.2011, eingesehen am 4.8.2012 unter <http://www.fdp.de/Friedenspolitik-ist-die-Maxime/1660c12963ilp211/index.html>
- 72 Boettcher, A.: *Deutsche Außenpolitik ist Friedenspolitik*, Jena 2007, S.10.
- 73 »Friedenspolitik ist die Maxime«, a.a.O.
- 74 Ebd.
- 75 gruene-bundestag.de: »Bundestag beendet Wehrpflicht«, 25.3.2011, eingesehen am 4.9.2012 unter <http://www.gruene-bundestag.de/themen/sicherheitspolitik/bundestag-beendet-wehrpflicht.html>
- 76 Europäische Kommission: Eurobarometer 69. 1. Values of Europeans, November 2008.
- 77 Siehe hierzu auch den von Philip Meinhold in der *tageszeitung* am 15.12.2012 veröffentlichten Beitrag »Der ewige Israeli« ([http://www.taz.de/Die-Wahrheit/!107442/?utm\\_source=Koordinierungsrat+Aussendungen&utm\\_campaign=ac5b670a85-&utm\\_medium=email](http://www.taz.de/Die-Wahrheit/!107442/?utm_source=Koordinierungsrat+Aussendungen&utm_campaign=ac5b670a85-&utm_medium=email)), in dem es passend heißt: »Haben Sie vom Nahostkonflikt keine Ahnung, aber eine Meinung zu bieten? Wollen Sie als mutig gelten? Zehn Tipps für einen israelkritischen Text. [...] 1. Der Kronzeuge[:] Zitieren Sie einen israelkritischen Juden, denn wer einen Juden zitiert – das liegt in der Natur der Sache –, der kann die Juden nicht hassen. Bedienen Sie sich dabei der Einfachheit halber aus dem übersichtlichen Pool »kritischer Juden« [...]. 2. Konzentration[:] Erwähnen Sie in Ihrem Artikel nicht die Hamas – oder wenn, dann nur nebenbei, alles andere würde nur ablenken von Ihrem Thema: Schließlich geht es Ihnen in Ihrem Text um Israel! 3. Anschaulichkeit[:] Wählen Sie anschauliche Vergleiche, damit diejenigen, die noch weniger Ahnung haben als Sie, sich gleich ein Bild machen können. Vergleichen Sie den

## Anmerkungen

Gazastreifen mit dem Warschauer Ghetto und den israelischen Staat mit dem Apartheidregime. [...] 4. Im Zweifel links[:] Lassen Sie durchblicken, dass Sie Linker sind oder zumindest über eine linke Vergangenheit verfügen. Denn wer links ist, ist bekanntlich gegen Nazis und kann also überhaupt gar nicht gegen Juden sein. Es sei denn [...]: Die Juden verhalten sich selber wie Nazis. In diesem Fall können Sie zeigen, wie schlimm Sie den Holocaust finden, indem Sie ihn mit den Verbrechen Israels auf eine Stufe stellen. 5. Moralisches Erbe[:] Betonen Sie unbedingt und gebetsmühlenartig, dass gerade Sie als Deutscher und Linker die Pflicht haben, israelkritisch zu sein, da Sie zu neuem Unrecht nicht schweigen dürften. 6. Grundsätzlichkeit[:] Bleiben Sie in Ihren Vorwürfen gegen Israel möglichst pauschal, da zu viele Fakten den Leser verwirren. [...] 7. Kritische Verbundenheit[:] Schreiben Sie auf jeden Fall, dass Sie nur das Beste für Israel wollen [...] 8. Ahnungsvolles Andeuten[:] Wenn Sie etwas schreiben wollen, für das Sie keine Belege haben, von dem Sie aber trotzdem glauben, dass es stimmt (die wahren Interessen Israels, der jüdische Griff nach der Weltherrschaft, die jüdische Kontrolle von Medien und Politik): Formulieren Sie es als Frage oder Andeutung! [...] 9. Immunisierung[:] Behaupten Sie, man dürfe Israel nicht kritisieren, ohne als antisemitisch abgestempelt zu werden. Damit unterstreichen Sie zum einen Ihren eigenen Mut; zum anderen machen Sie Ihren Text unangreifbar, weil jegliche Kritik an ihm Ihre These bestätigt. 10. Selbstkontrolle[:] Lesen Sie Ihren Text zum Schluss noch mal durch. Achten Sie darauf, dass Sie – auch wenn es schwerfällt – immer ›Israel‹ geschrieben haben, anstatt ›die Juden‹. Sie werden doch mit Ihrem antirassistischen Arsch nicht einreißen, was Sie so mühsam aufgebaut haben.«

- 78 Klein, M./Falter, J. W.: *Der lange Weg der Grünen*, München 2003, S.87.
- 79 Ebd., S.88.
- 80 In Duisburg revidierten die Grünen 1987 ihre Statuten bezüglich der Ehrenamtlichkeit. Nach der neunten Bundesversammlung der Partei wurden innerparteiliche Spitzenämter bezahlt, so dass die Führung einen sozioökonomisch heterogeneren Hintergrund erhielt.
- 81 Natürlich war die Partei in dieser Hinsicht in eines der zentralen Dilemmata der Demokratietheorie verwickelt, das Max Weber an prominenter Stelle in seinem legendären Essay »Politik als Beruf« erörtert hat. Darin nennt Weber alle relevanten Faktoren – sowohl pro wie contra – in Bezug auf Berufspolitik, die für ihre Arbeit Vergütungen erhalten, im Gegensatz zur Besetzung von Ämtern mit wohlhabenden Amateuren, die für ihren Lebensunterhalt nicht arbeiten müssen.
- 82 Markovits/Gorski, a.a.O., S.124.
- 83 Ebd.
- 84 Ebd.
- 85 Klein/Falter, a.a.O., S.90.
- 86 Ebd., S.90f.
- 87 Ebd., S.97.

- 88 spiegel.de: »Grüne heben Trennung von Amt und Mandat auf«, 23.5.2003, eingesehen am 4.8.2012 unter <http://spiegel.de/politik/deutschland/urabstimmung-gruene-heben-trennung-von-amt-und-mandat-auf-a-249949.html>
- 89 Ebd.
- 90 Ebd.
- 91 Klein/Falter, a.a.O., S.91.
- 92 Ebd., S.92.
- 93 Das Rotationsprinzip wurde im Mai 1986 von zwei auf vier Jahre verändert, bevor es 1991 endgültig abgeschafft wurde.
- 94 Klein/Falter, a.a.O., S.93.
- 95 Ebd.
- 96 Ebd.
- 97 gruene.de: »30 grüne Jahre (14): Parteitag in Neumünster 1991«, 11.5.2010, eingesehen am 4.8.2012 unter <http://www.gruene.de/partei/30-gruene-jahre-30-gruene-geschichten/30-gruene-jahre-14-parteitag-in-neumuenster-1991.html>
- 98 Ebd.
- 99 Klein/Falter, a.a.O., S.89.
- 100 Ebd., S.96.
- 101 »30 Grüne Jahre (14): Parteitag in Neumünster 1991«, a.a.O.

**Drei – Der Wandel im grünen Erscheinungsbild:  
ein Zeichen der Anpassung?**

- 102 *Der Spiegel*: »Das Vertrauen der Basis ist nicht da«, 4.4.1983 (Ausgabe 14/1983), eingesehen am 4.8.2012 unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-14023622.html>
- 103 Ebd.
- 104 Die Kleiderordnung im Bundestag hielt 2011 wieder Einzug in die Presse. Die *Süddeutsche Zeitung* beschrieb am 20.1.2011 den Vorfall so: »Für die einen ist es das überflüssigste Kleidungsstück der Welt, für die anderen geht es um nichts weniger als die Würde des Bundestags: Zwei Abgeordnete dürfen nicht als Schriftführer neben dem Bundestagspräsidenten sitzen – weil sie keine Krawatte tragen.«
- 105 Interessanterweise hat diese Leidenschaft für teure Uhren eine lange Geschichte unter linksorientierten Politikern mit allerdings sehr anderer Ausrichtung als Fischer. Leonid Breschnew, Erich Honecker, Mao Zedong, Fidel Castro und Che Guevara besaßen alle mindestens eine Rolex.

## Anmerkungen

- 106 Michels, R./Reker, S./Seim T./Uhl, G.: »Fischer: Washington wichtiger als Moskau«, 20.5.2005, RP-Online, eingesehen am 5.8.2012, unter <http://www.rp-online.de/politik/deutschland/fischer-washington-wichtiger-als-moskau-1.1601764>
- 107 Ebd.
- 108 Kurbjuweit, D.: »Papst statt Protest«, *Der Spiegel* (39/2011).
- 109 Heinrich-Böll-Stiftung: »Grüne Anschläge. Fünfundzwanzig Jahre grüne Plakatkunst«, eingesehen am 2.8.2012 unter [http://www.boell.de/alt/de/13\\_archiv/4264.html](http://www.boell.de/alt/de/13_archiv/4264.html)
- 110 Klein/Falter, a.a.O., S.90.
- 111 Ebd.
- 112 Heinrich-Böll-Stiftung, a.a.O.
- 113 Ebd.

**Im März 1983 zog die erste grüne Fraktion in den Deutschen Bundestag ein. Heute, dreißig Jahre später, sind die Grünen die drittstärkste Kraft in der deutschen Politik. Doch ihre Wirkung geht mittlerweile weit über Deutschland hinaus. »Grün« ist eine globale Marke geworden, in der Politik wie in der Ökonomie. Sie wird mit ökologischer Verantwortung, alternativen Energien, politischer Teilhabe und Geschlechterdemokratie assoziiert.**

**Die amerikanischen Politikwissenschaftler Andrei Markovits und Joseph Klaver sind dem Erfolg der Grünen nachgegangen und beschreiben anschaulich und kenntnisreich die Themen, mit denen die Grünen die Politik und die Gesellschaft nachhaltig verändert haben – und die sie selbst veränderten.**